

# Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Männer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands

Sommaire

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementpreis pro Quartal M. 1 (ohne Bestellgeld),  
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,40.

Herausgeber u. verantwortlicher Redakteur: Joh. Stünzl, Hamburg.

## Reaktion und Expedition:

Hamburg-St. Georg, Brennerstraße 11, 1. Etage.

## Bereins-Anzeigen

für die breigespaltene Pettizelle oder deren Raum 30 As.  
Zeitung-Preisliste Nr. 3124.

Inhalt: Die wirtschaftliche Krise. — Der Spruch der Kontrollmonarchie. — Arbeiter als Arbeitgeber. — Maurerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Maßregelungen. Zur Lohnbewegung in Mecklenburg. — Beratungen und sonstige Bewegung. — Krankenfeste. — Von Bau: Unfälle, Arbeiterschutz, Subventionen zu Gewerbeaufsicht und Arbeiterschafft. — Aus anderen Berufen. — Gemeinnützige Betriebsprüfung und Arbeiterversicherung. — Die Wahl der Vertreter des Arbeiters im Reichsversicherungsamt. — Polizei und Gerichte. — Verschiedenes. — Eingegangene Schriften. — Briefstaben. — Streitschriften. — Zentralverband der Maurer. — Zentralkranenkasse. — Anzeigen.

das, dem Wahngesichte von einem größeren Deutschland Rechnung tragend, bis zum Jahre 1904 nicht weniger als nahezu **1000 Millionen Mark** zu seiner Ausführung erfordert. Eine neue, dem Volke aufgewälzte kolossal Last. Die Weltmachtpolitiker wollten damals glauben machen, diese ungeheure Ausgabe für die Flotte werde auf unsere Industrie „befruchtend“ wirken. Das Gegenteil ist die Wirkung! Allerdings ziehen einige Großindustrielle, die Krupp und Co., aus Lieferungen für die Flotte riesige Profite. Aber die Industrie im Allgemeinen hat schwer darunter gelitten. Denn alle die Millionen müssen aus dem vorhandenen Volksvermögen geföhpt werden; was für Kriegsschiffe verbraucht wird, das kann nicht Anlage in wirtschaftlichen Unternehmungen finden. Guten Theile daraus erklärt sich die Geldknappheit, die bereits 1899 sehr empfindlich sich geltend machte und in erster Linie Störungen im Baugewerbe zur Folge hatte. Es war kein Baukapital zu entsprechendem Zinsfuß mehr zu bekommen.

Konnte man im Jahre 1899 wenigstens von einem trügerischen Zustande sprechen, so entwidete sich dieser Zustand im Jahre 1900 unter dem Einfluß des chinesischen Abenteuers dahin, daß die wirkliche Krise offenbar wurde. Die China-Aktion rief gewaltige Abschlägeungen im Auslande her vor. Und von dieser Krise wurde nunmehr zunächst die Eisenindustrie, die in sehr engem Zusammenhange mit dem Baugewerbe steht, ergreift. Die großen westfälischen Eisenwerke, die auf Aktien gegründet sind, gerieten in eine schlimme Lage. Ihre den Werth von vielen Tausenden von Millionen repräsentierenden Aktien sanken an der Börse im Kurs. Die Folge war, daß bald eine allgemeine Krise auf dem Effektenmarkt eintrat. Alsbald wurde von ihr auch für das Baugewerbe so sehr in Betracht kommende Markt des Hypothekenpapierbriefe ergreift. Das Schwindelgebäude der Spielhagenbanken brach jäh zusammen. Und nunmehr wurde der so wie schon starke Mangel an Baugeldern noch mehr gesteigert dadurch, daß die soliden Hypothekenbanken ähnlich mit ihrem Kapital zurücktraten. So erfuhr nicht nur das Baugewerbe, sondern auch die ganze große Zahl der mit ihm direkt oder indirekt zusammenhängenden Fabrikationsmasse, hauptsächlich die Eisen-

Es kann nicht übertroffen werden, daß in den Klagen über den wirtschaftlichen Niedergang in erster Linie die Darniederliegen des Baugewerbes betont wird. Leider läßt sich aus den vorliegenden vereinzelten Mittheilungen kein genaues und erschöpfendes Bild vom Umfang der Krise im Baugewerbe gewinnen. Die Redaktion der Zeitschrift „Arbeitsmarkt“ hat den Versuch gemacht, den gegenwärtigen Stand im Wege einer Umfrage bei Arbeitgebern und Arbeitern (Maurern usw.) festzustellen. Diezen Feststellungen enthalten mir das Folgende:

In Mittel- und kleineren Städten ist die Bautätigkeit noch so lebhaft wie in den Vorjahren. Aus kleinen Städten der Provinz Brandenburg, wo aus Potsdam, Rätschen, Guben, wird nicht nur volle Beschäftigung aller baugewerblichen Arbeiter bereitstehen, sondern auch noch vereinzelt Neuorientierung von Arbeitskräften geschehen. Vor kommende Entwicklungen finden jedenfalls nicht wegen Arbeitsmangels statt. Die volle Beschäftigung der Maurer findet weiter zur Zeit in folgenden nördl. deutschen Städten statt: Bützow, Magdeburg, Stahnsdorf, Lüneburg, Olbernhau, Torgau, Wandsbek, Stendal, Osnabrück. Auch im übrigen Deutschland zeichnet sich gerade mittlere und kleinere Städte noch durch einen lebhaften Geschäftsgang aus, so Münster i. W., Trier, Schwerin, Borsigwalde, Ludwigslust, a. Rb., Schwäbisch Gmünd. Eine Ausnahme von der Regel machen ausgeschlossene Industriorte, wo der allgemeine Rückgang d. Verdienstverhältnisse auf die Bezahlung der Miet-

son empfindlich einzuhören scheint, jedenfalls aber die starke Nachfrage nach Wohnungen nachgelassen hat. So wird z. B. aus Osten mit bedeutender Eisen- und Messingindustrie ein ganz erheblicher Rückgang der Bauhäufigkeit gemeldet. In Katowitz i. S. Gd. z. B. waren voriges Jahr über 6000 Wände thätig, dieses Jahr dagegen sind es nur noch circa 2500. Duisburg zeigt eine ähnliche Abnahme, und fortgesetzt finden noch Entlassungen statt. Auch in Spanien liegt das Baugeschäft besonders stark darunter. Von Städten mit Textilgewerbe weisen Burgstal, Grünhainichen, Plauen, Gera und Bielefeld in diesem Sommer im Baugewerbe die höchste Arbeitslosigkeit auf.

Während es in den kleineren und mittleren Städten die Bauthäufigkeit überwiegend noch rege ist, zeigen die meisten Großstädte ein unglückliches Gepräge. Unglücklich liegt vor allem das Geschäft in Berlin, wo auf circa 9000 Beschäftigte 400 Arbeitslose kommen, obgleich sonst um diese Jahreszeit Nachfrage nach Arbeitern besteht. Das gleiche Verhältnis zwischen Arbeitslosen und Beschäftigten zeigt sich in Charlottenburg. In Halle a. S. zeigt dagegen die Zahl der Arbeitslosen mehr über 10 p. D. Von circa 1200 Maurern sind rund 210 beschäftigungsfrei. Stark zurückgegangen ist die Bauthäufigkeit in Dresden. Im Februarjahre 1899 wurden dort etwa 3700 ordnungsmäßige Maurer gezählt, am 22. Mai dieses Jahres dagegen nur 2411. Von diesen aber waren auch circa 200 arbeitslos, so dass im Vergleich mit dem Vorjahr die Zahl der sächsischen Beschäftigten um 160 abgenommen hat. Chemnitz zeigt gleichfalls recht schwanken Geschäftsgang an, ebenso Frankfurt a. M. und auch München, wo circa 10 p. D. der Maurer beschäftigungsfrei sind.

Unter den Großstädten hat nach dem Bericht nur Hamburg "momentan sehr gute" Arbeitsverhältnisse im Baugewerbe. Seit dem Jahre 1890 soll hier nicht so viel Arbeitsgelegenheit gewesen sein wie jetzt. Auch Breslau, Leipzig, Stettin und Hannover sollen die Verhältnisse im Baugewerbe nicht ungünstige sein.

Wir möchten die Verbandsgenossen in den erwähnten Orten dringend erüischen, diese Mittheilungen des „Arbeitsmarkt“ nachzuprüfen, rezip. zu berichtigten oder zu vervollständigen. Ueberhaupt erscheint es uns geboten, sie zu ermahnen, bei Feststellung der Beziehungen im Baugewerbe und der Berichterstattung darüber an und für sich mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden als seither. Es ist notwendig, daß wir fortlaufend genau informirt sind. Wie sollten wir sonst, was doch von großer Wichtigkeit ist, unsere Leser ausreichend unterrichten können? Ein Verband wie der unsrige dürfte nicht angewiesen sein auf von anderer Seite gemachte Feststellungen.

Reaktion des „Arbeitsmarkt“ bei Weitem nicht aus zu umfassender und richtiger Beurteilung der Verhältnisse im Baugewerbe. Wir befürchten, daß auch in der Mehrzahl der Mittel- und kleineren Städte die Bautätigkeit eine geringere ist als nach der Darstellung des vorstehenden Berichtes. Von großem Belang wäre auch, zu wissen, in welchem Maße die verhältnismäßig günstige Lage des Baugewerbes in einigen Großstädten sich mit der Ausführung öffentlicher Bauten erläutert läßt.

Jedebfalls ist die Angabe, daß die meisten Großstädte ein ungünstiges Gepräge zeigen, nicht übertrieben, und rechtfertigt gerade dieser Umstand vollauf die Überzeugung, daß das Vierwinkelverband bereits in einer schweren Krisis sich befindet, sowie daß diese Krisis die Tendenzen zeigt, sich noch zu verschärfen. Wie sehr dazu die neue Schußpolizei mit ihrem neuen Bolltarif beiträgt, ist schon jetzt zu ersehen und wird sich immer mehr zeigen. Diese Politik wirkt, obwohl sie noch nicht entschieden ist, bereits ungemein lähmend auf die Industrie, auf unser ganzes wirtschaftliche Leben. Dieser Lage sagte uns ein großer Fabrikant, er habe die Absicht gehabt, noch in diesem Sommer bedeutende Neubauten zwecks Ausweitung seines Betriebes beginnen zu lassen; lediglich die Erwägung der Möglichkeit, daß der neue Bolltarifentwurf Gefahr werde und dann zweitesslos zum Bollkriege führen werde, habe ihn abgehalten, diese Absicht auszuführen.

Und das ist nur ein Fall von unzweifelhaft sehr vielen gleicher Art.

Der Ausblick in die Zukunft ist kein erfreulicher. Um so mehr müssen die Arbeiter auf die Stärkung ihrer Organisation bedacht sein, damit sie im Stande sind, gegenüber den Konsequenzen der Krise wenigstens ihre Lebenshaltung zu verteidigen, die Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verhindern.

### Der Spruch der Kontrollkommission.

Schnell, fast unheimlich schnell hat die Kontrollkommission in Sachen der Hamburger Affordmauer gearbeitet. Am 8. August beschlossen die drei sozialdemokratischen Vereine, gegen den Schiedsspruch die höheren Partei-Instanzen anzurufen und schon am 9. August, also drei Tage später, konnte die Kontrollkommission ihren Spruch bereits verkünden. Lebte die „Richtigkeit“ der Kommission sich also richtig zu sagen, schadet, daß dies nicht auch auf die „Richtigkeit“ zutrifft. Zunächst nur einige Worte über die formale Behandlung der Angelegenheit.

Die Kontrollkommission sagt selbst, daß sie „nach sorgfältiger Überprüfung des Materials und des Schiedsspruchs, sowie nach eingehender Erörterung all der Fragen, die im Zusammenhang mit dem Thatsatz stehen“, zu ihrem Spruch gekommen ist. Darnach hat es den Anschein, als ob die Kommission sich nicht als Berufungsinstanz betrachtet hat, die von neuem Beweis zu erheben, den Thatsatz selbst festzustellen und nach diesem ihr Urteil zu bilden hätte. Die Kommission hat sich vielmehr in die Rolle eines Gerichts höherer Ordnung hineinversetzt, das nur zu prüfen hatte, ob irgend welche formalen Verstöße bei der ersten Verhandlung gemacht oder „Rechtsnormen“ verletzt wurden. Da beide Ebenenfunktionen für die Parteidienste, um uns dieses Ausdrucks zu bedienen, nicht in Betracht kommen, so bleibt es unverständlich, weshalb die Kommission nicht eine neue Beweiserhebung veranlaßt hat. Oder hat die Kommission in der Voraussetzung, daß die Angelegenheit doch an den Parteidiensten vorbeieile, sich nur als eine notwendige Zwischeninstanz angesehen, die nicht übergangen werden durfte und aus dieser Erwagung heraus ihren Spruch gefällt?

Offenbar ist die Kommission sich der Aufgabe, die sie zu erfüllen hatte, garnicht bewußt gewesen. Das geht schon aus der Einleitung zu ihrem Spruch hervor, in welcher es heißt:

„Die Kontrollkommission spricht zunächst ihr lebhaftes Bedauern darüber aus, daß Parteidienste eine ihrer Natur nach rein gewerkschaftliche Frage dadurch zur Partiesache gemacht haben, daß sie die Parteidienste zur Entscheidung angesehen haben.“

Die Kommission will also hier der Welt glauben machen, daß es sich nur um eine rein gewerkschaftliche Frage handle. Sie scheint dabei von der Unrichtig aufgegangen zu sein, daß es sich lediglich um die Affordarbeit an sich handele, die zu befehligen die Maurerorganisation in Hamburg zu schwach sei und deshalb die Partei zu Hilfe rufen müsse. Dies. Unrichtig ist falsch, ebenso wie die Unrichtig falsch ist, daß die Partei eigentlich mit den ganzen Angelegenheiten nichts zu thun habe. Den Hamburger Verbändemauren könnte es höchst gleichgültig sein, welche Personen die Partei für würdig erachtet, in ihr wirken zu dürfen, wenn nicht die im Verband organisierten Hamburger Maurer in ihrer großen Mehrzahl selbst Mitglieder dieser Partei wären. Oder soll man ihnen zumutnen, auf politischem Gebiet mit Personen zusammen zu arbeiten und zu kämpfen für die Befestigung der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung, die auf gewerkschaftlichem Gebiet dieser Dienstesordnung die festste Stütze bietet? Das wäre starker Tabat und würde mit Entschiedenheit zurückzuweisen sein. Weil also die Partei ein lebhaftes Interesse daran hat, daß in ihren Reihen nur Leute wirken, die in jeder Beziehung, also auch in gewerkschaftlicher, mangellos dastehen, ist die Angelegenheit der Affordmauer keine rein gewerkschaftliche Frage, sondern eine die Partei sehr nahe angehende. Das Bedauern der Kommission ist daher sehr deplaziert und zeigt von nur sehr geringem Verständnis von der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung überhaupt.

Es heißt dann weiter in dem Spruch der Kommission:

„Dieses Vorgehen (das Vorgehen der Verbändemauer) wurde in unvermeidlicher Konsequenz dazu führen, daß tadelnswerte, die Interessen der sozialdemokratischen Partei verleugnende Handlungen seitens einzelner Gewerkschaftsmitglieder auch vor dem Forum der Gewerkschaftsorganisation gezogen und eventuell auch durch Auseinandersetzung aus der letzteren geahndet werden müßten. Es liegt auf der Hand, daß aus dem dadurch geschaffenen Zustand der politischen wie der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung die größten Schwierigkeiten und Schädigungen erwachsen würden.“

Sol. Also die Kommission ist der Ansicht, daß notorische Lumpen, die die Partei um ihres Ansehens willen von sich abstoßen müßte, immerhin noch gut genug für die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung seien. Das ist eine Verhöhnung der Gewerkschaftsbewegung, wie sie ihr bisher noch von keiner Seite zu Theil wurde. Wir sind immer noch der Unrichtig gewesen, daß Dergenre, der in der Partei aus irgend welchen Gründen keinen Platz mehr hatte, sich auch für den gewerkschaftlichen Kampf nicht mehr qualifiziere. Die Kommission belehrt uns eines Anderen. Die Gewerkschaften können ihr hierfür nur dankbar sein, wissen sie doch nunmehr, wie sie von den leitenden Parteidiensten beherrscht werden.

Die übrigen Entscheidungsgründe der Kontrollkommission können wir übergehen, sie bedenkt sich mit den Ausführungen des Schiedsgerichts und sind von uns bereits in der Nr. 30 unseres Blattes gebührend geneigt worden. Nur in einem Punkt ist die Entscheidung der zweiten Instanz etwas schärfer ausgefallen. Jetzt hat auch die Kontrollkommission den Streit resp. Sperrbruch der Affordmauer verneint und sich die Gründe des Schiedsspruchs zu eigen gemacht, jedoch war sie einstimmig der Ansicht, daß das disziplinarische Verhalten der Affordmauer gegenüber den Befürworten des Verbandes nicht nur auf das Tiefste zu bedauern, sondern auf das Rauhruhigste zu verurtheilen ist.

Die moralische Verurtheilung der Affordmauer, ohne sie auch für unwürdig erachtet zu haben, ferner den Parteidiensten, die höheren Partei-Instanzen anzuvertrauen, wird ohne Wirkung bleiben. Die Affordmauer werden ihr verderbliches Treiben nach wie vor fortführen, und wenn die Hamburgerische Maurerorganisation nicht minder aber auch die Hamburgerische Parteidienstorganisation erheblich darunter zu leiden haben werden, dann wird die Schuld hieran den Partei-Instanzen aufzuhalten sein, die in unerhörter Märschlichkeit oder aus falsch angebrachten Mitteln es nicht vermögen, daß beide Organisationen schädigende Geschwir mit tiefstem Schnitt zu beseitigen. Hoffentlich nimmt der Parteidienst, der sich nunmehr mit der Sache zu beschäftigen haben wird, diese Operation vor.

Anscheinend hieran, wollen wir noch einige Preistimmen, die sich mit dem Hamburger Schiedsspruch beschäftigen und nunmehr ja auch auf den Spruch der Kontrollkommission ausgedehnt werden können, zur Kenntnis unserer Leser bringen:

Das „Handlungsgeschäftsblatt“ schreibt:

„Es kann seinem Zweifel unterliegen, daß der Spruch des Schiedsgerichts ein Schiedsspruch schlimmer Sorte ist und daß die höheren Instanzen zu seiner Aufhebung kommen müssen. Das Gegenheil würde eine Verwirrung unter den Kämpfern stehenden Arbeitern herbeiführen, die schlimmer als die Vereinstreitigkeiten wären und die das, was die theoretischen Differenzen niemals bewirkt hätten, eine Spaltung der sozialdemokratischen Partei, in bedenkliche Höhe rütteln würde.“

Videant consules, ne quid detrimenti capiat res publica. (Die Konkurrenz, in diesem Falle die Partei-Instanzen, mögen dafür sorgen, daß die Republik, die Partei also, keinen Schaden leidet.)

Die „Königsberger Volkszeitung“, welche sich schon einmal zu der Sache äußerte, nimmt noch einmal das Wort. Sie schreibt:

„Wir unsrerseits können dem Spruch des Schiedsgerichts nur unbedingt zustimmen. Es wäre vielmehr ein Mißgriff ärgerlicher Art, wollte die Partei aus Unkenntnis Streitigkeiten der Gewerkschaften Demand ausgleichen. Streit mussen Streitbrecher ausgeschlagen werden; aber wer Streitbrecher ist, das entscheidet die Partei selbst, das kann sie niemals anderen Körperschaften überlassen. Sonst würde sie bei jedem Streit zum Handlanger der jeweiligen Mehrheit in der Gewerkschaft herablesen. Die Frage heißt hier in Wahrheit nicht, ob Streit es sich oder nicht, sondern ob Affordarbeit es oder nicht. Das ist aber eine innere Angelegenheit der Gewerkschaften, die niemals Anlaß zum Auseinandertritt aus der Partei werden darf. Wenn aber die Gewerkschaft sich dadurch hilft, daß sie durch Mehrheitsbeschuß jede Arbeitsstelle sperrt, wo die ihr zugehörigen Personen arbeiten, und diese somit zwängt, den Mehrheitsbeschuß zu missachten und wenn dann die Gewerkschaft triumphiert, sagt: „Seht Ihr, nun seid Ihr Streitbrecher, nun muß die Partei Euch ausschließen“ — so ist das eine recht unschöne Spiegelrede (um kein schlimmeres Wort zu brauchen), zu welcher die Partei sich niemals hergeben darf.“

Ganz zu verwirren ist endlich der Hamburger Vorschlag, daß die Genossen am Ort wieder das Recht des Ausschlusses haben sollen. Damit würden all die Unzuträglichkeiten, die jetzt glücklich besiegt oder doch wenigstens gemildert sind (Ausschluß aus verbindlichen Gründen, aus Eiferucht, aus Machiavels, aus Mengelei), wieder möglich werden. Gerade der Hamburger Fall sollte hier zur Vorstufe machen. Die Hamburger Wahlvereine (die zum allergrößten Theil über die Affordarbeit in der Maurerrei nicht urtheilen können, weil sie zum allergrößten Theil nicht aus Maurern bestehen) haben den Ausschluß beantragt. Das Schiedsgericht hat gegen sie entschieden. Da nun der Richter ihnen nicht zu Willen ist, wollen sie selbst Richter sein. Der Kläger soll selbst Richter sein! Eine nette Rechtsprechung in der That.“

Eine Anzahl Parteidienstungen, darunter auch das soeben zitierte Königsberger Partei-Blatt, dringt über die Versammlung vom 8. August in Hamburg einen Bescheid, nach dem v. Elm den Standpunkt vertreten haben sollte, „daß die Hamburger Partei die Affordmauer auch auslöschen könne, selbst wenn der Parteidienstag den Schiedsspruch bestätigte“. Eine neue Unwahrheit! Man merkt die Wirkung, wird aber nicht verstimmt! Demgegenüber erläutert v. Elm im Hamburger Echo: „Ich habe selbstverständlich nicht der Meinung Ausdruck gegeben, die Parteidienstgäber in Hamburg seien formell berechtigt, die Befettenden aus der Gesamtgemeinde auszuschließen, sondern habe nur gezeigt, daß die Parteidienstgäber seien formell berechtigt, den Befettenden das Mitgliedsrecht in den bürgerlichen sozialdemokratischen Vereinen abzukennen.“

Die „Wochenviertel-Zeitung“ schreibt:

„Einiges (gemeint ist die Gewerkschaftspresse) verurtheilt die Streitbrecher-Gesellschaft und nehmen vornehmlich Anstoß an der Begründung des Schiedsgerichtsspruchs, daß die Streitbrecher in der Notwehr gehandelt haben, einige verhalten sich wie seinerzeit beim Leipziger Krad: Sie sagen nicht Ja und nicht Nein, sie führen nur die Chafasagen an und lassen Meinung Meinung sein, noch andere stellen sich überhaupt taubstumm. Späher ist die Stellungnahme Dergenre, die die Gewerkschaften als gegenüber zur Partei betrachten. Für diese müßte doch nach einfacher Vernunftgründen der Ausschluß als selbstverständlich gelten — aber, in den Armen liegen sich beide . . . sie können die Gemeinschaft dieser Biedermanns schwer machen. Für einige dieser Leute findet man ja die einfachste Erklärung darin, daß sie aus gleichem Holze geschnitten sind.“

Wir erhalten noch folgende Zuschrift:

Bremenheim b. Mainz, den 18. August 1901.  
Da der hiesige Wahlverein zu einem Drittel aus Maurern besteht, hatten wir bei der Kreiskonferenz am 4. August in Mainz folgenden Antrag eingebracht: Die Kreislohnerei beschließt: Der Parteidienstag wolle den Schiedsspruch in der Han-

burger Angelegenheit aufheben.“ Nach eingehender Begründung wurde unser Antrag mit 22 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Der Kreisvorstand stand nachvolliger Weise auf dem Standpunkt des „Borndals“ (Nr. 191, Anmerkung über den Bericht des Hamburger Gewerkschaftsarbeitsrates), daß die Partei dafelbige in den Gewerkschaften verlangen könnte. Größeres Unsin ist meines Erachtens bis jetzt in der Partei nicht zu Tage gekommen. Die freien Gewerkschaften sind doch keine sozialdemokratischen Filialen; denn in den Gewerkschaften sind alle Parteien vertreten, namentlich in Süddeutschland, und die Gewerkschaften sind, wie von der Partei so oft betont, die Schulz zur Partei. Nun kommen die Hamburger Affordmauer, agitatorisch thätige Parteidienstglieder, keine Schüler mehr, sondern Auslernte, und machen einen 30jährigen Kampf gegen die Mordarbeit zu nichts. Ich meine, ein Sozialdemokrat hätte sich nicht allein in der Partei als Sozialdemokrat aufzuhalten, sondern überall, wo er will, darf er das demokratische Prinzip nicht verleugnen. Das solche Schiedsspruch die Disziplin nicht haben, wird jedem einleuchten. Dass jeder Gewerkschaftler für eine Partei, die Streitbrecher beherbergt und durch solche verhängnisvolle Urtheile groß zieht, noch viel übrig haben wird, bezweife auch ich. Wie auch die Akademie darüber denken mögen, bei dem Groß der Arbeiter wird dieser Spruch bestimmt, denn er ist höchstens als „Siegmüller“.

Georg Brödner, Maurer.

Vorsitzender der hiesigen sozialdemokratischen Partei.

### Arbeiter als Arbeitgeber.

Die Gegner der Arbeiterbewegung und der Arbeiterorganisation nehmen bei Bekämpfung derselben, in Ermangelung ethischer Gründe, ihre Zuflucht zur Lüge und Verleumdung. Ein großer Theil dieser Lügen und Verleumdungen ist darauf berechnet, diejenigen Arbeiter, die in die Bewegung ihrer Klasse oder ihrer organisierten Gewerkschaften noch nicht eingemeindet sind, vielsch. unwillig und unaufgelistet noch in Gleichheitigkeit dahinleben, mit stillmischen Vorurtheilen zu erschrecken, die gegen ihre eigene Sache zu verhehlen. Diesem Zweck dient u. A. die bestimmbare Lüge, daß die Leiter, die Beamten, die Agitatoren der Arbeiterorganisation den „verführten“ Arbeitern das Geld abnehmen, um dann ein „fauler und vergnügtes Leben“ zu führen, daß sie „den Arbeitern großen Erfolg“ und deren Organe haben bekanntlich diese Lüge schon oft gegen die Beamten und Agitatoren des Verbandes der Männer Deutsches Reich gerichtet. Etwas ähnlich müssten wir diesbezüglich mit einem mecklenburgischen Baugewerke abrechnen.

Dieselben verächtlichen Leiber, die sich solch hämmerlicher Kampfweise nicht entblößen, können auch anders. Schön oft ist, und zwar nicht nur aus den Kreisen der Arbeiterbewegung, daß die Gewerkschaft, bzw. der Beamtenschaft, der Arbeiterorganisation, sondern auch von Seite einschlägiger bürgerlicher Sozialpolitiker, auf die in vielen, wo nicht den meisten Fällen durchaus ungünstige Bezeichnung der Beamten der deutschen Arbeiter hingewiesen werden. Ein alter Gewerkschaftsbeamter der Schuhmacher berichtet vor einiger Zeit: „Ich bin vollständig aufgerieben, der lebte seit meiner Arbeitsschule in dem Dienste der Gewerkschaft. Soll ich vielleicht das Arbeitshaus aufsuchen?“ Und in dem Raumannischen Jahrbuch „Patria“ (Berlin) beklagt Friederich Weinhausen die Ungleichheit der Bezahlung des Beamtenhums der deutschen Arbeiterbewegung. Sehr behandelt Bruno Poersch, der Leiter des Verbandes der in Gemeindevertretungen beschäftigten Arbeiter, in einem bürgerlichen Organ, der „Sozialen Praxis“, dasselbe Thema. Er schreibt unter Anderem:

„Der Arbeiter ist der schlechteste Arbeitgeber!“ Dieses Wort kann man in den Kreisen der Arbeiterbeamten sehr oft zu hören bekommen. Und es ist nicht übertrieben, sondern entspricht bedauerlicher Weise den nächsten Thatvorfällen.“

Es werden eine Reihe solcher Thatsachen angeführt: M. 1500 bis höchstens M. 2000 jährliches Gehalt genährt man den Arbeiterbeamten. Nur wenige Organisationen begießen mehr. Wodurch ist diese ungünstige Bezahlung erklärlich? Sie ist vor Allem zu suchen in der erheblichen Unterfachung und der geistigen Arbeit, wie sie leider der Durchschnittsarbeiter besitzt. Der Durchschnittsarbeiter betrachtet geistige Tätigkeit sehr oft als minderwertiger als physische, höchstens weil er sie mit dieser auf eine Stufe stellt. Er legt auch bei der Bezahlung der geistigen Arbeit der physischen Lektion an. Das mag der politische Führer, der die Massen nur aus der Vogelperspektive kennt, nicht wissen; der Gewerkschaftsbeamte dagegen, der mit der Masse in ständiger Beziehung bleibt, findet die obige Behauptung fast täglich bestätigt. Die Masse unterfacht nicht nur die geistige Arbeit ihrer Führer, sondern auch die ihrer Gegner.“

Poersch führt weiter aus, daß zu der aus mißverstandenen Lehren der materialistischen Gesellschaftsauffassung resultierenden Unterfachung der geistigen Arbeit hinzunommt der Reid, der vielsch. die ungünstige Bezahlung des Arbeiterbeamten erklärt. „Wir werden ja auch nicht besser bezahlt, wir haben ja auch keine Ferien und sind nicht pensionsberechtigt.“ So antwortet man auf die Wünsche der Arbeiterbeamten. Man hört ihnen vor, daß sie ja doch auch von Haufe aus nur Töchter, Schlosser etc. wären, und daher auch gar kein Recht auf bessere Bezahlung und hätten. Man gibt ihnen bei jeder Gelegenheit zu verstehen, daß sie ja doch nur durch ihre Gnade den „faulen“ Posten eines Arbeiterbeamten bekleideten und wieder in ihrem erlernten Berufe thätig sein müssten, wenn die Arbeiter es wollten.“ Schließlich kommt Poersch darauf zu sprechen, daß die Arbeiterbeamten nicht nur unter ungünstiger Bezahlung, sondern oft auch unter einer ungerechten Behandlung und einer Überlastung mit zu leiden haben.

Diese Ausführungen Poerschs werden, obwohl sie nichts Neues bieten, sondern schon oft erhobene, begründete Klagen wiederholen, von den arbeiterfeindlichen Presse, die sonst nicht genug Lügen kann über die Vergewaltigung der Arbeitergrößen. Poersch kommt daher zu sprechen, daß die Arbeiterorganisation nicht nur die geistige Arbeit ihrer Führer, sondern auch die ihrer Gegner.“

Das ist lächerlicher Schwund, ein um so lächerlicherer, als alle die in diesem Artikel erwähnten Missstände schon öfter innerhalb der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften ganz öffentlich erörtert worden sind. Diese Erörterung braucht die Öffentlichkeit wirklich nicht zu scheuen. Was hat es für einen Sinn, daß dieselben „ordnungsgewöhnlichen“ Blätter, die seit Jahren die Lüge von der „Aus- und Entwicklung“ der Arbeiter durch ihre Beamten und Agenturen ausgeponnen haben, jetzt verschwinden, auf Grund von Ausführungen, die in der entgegengesetzten Richtung gehen, die Arbeiterbewegung zu bestimmen? Das ist doch wirklich der vollkommenste Widerspruch!

Diese Presse thäte gut, sich über die hier in Rede stehenden inneren Verhältnisse der organisierten Arbeiterschaft nicht die Köpfe zu zerbrechen. Würde es es, die Arbeiterorganisation nach denselben Erwagungen zu beurtheilen, die für den kapitalistischen Unternehmer in Betracht kommen. Diese Organisation dient einer gemeinsamen guten Sache, die mancherlei Opfer erfordert. Daraus läßt sich allerdings nicht resultieren, daß Organisationen ihre Beamten ungenugend beschäftigen und mit Arbeit überlasten, lediglich um am Gehalt zu sparen. Besonders solche Organisationen, die finanziell gut fuhren sind, sollten diesen Fehler nicht begehen. Ihr eigenes Interesse sollte sie davon zurückhalten. Auch in England herrschte die Arbeiterorganisation eins die falsche Theorie, daß das Gehalt ihrer Beamten in keiner Halle mehr betrügen dürfe, als der Durchschnittslohn der Arbeiter. Dieser Standpunkt ist dort längst überwunden. Und er wird auch in Deutschland überwunden werden, soweit Organisationen ihn noch einnehmen.

## Maurerbewegung.

### Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen.

Im Streit befinden sich resp. ausgespielt sind die Kollegen in Halle a. S., Bremeln-Gramow, Landsberg a. d. W., Eilenburg, Neustadt, Friedland, Sternberg-Briel-Warin, Wismar, Waren, Kolberg.

Gepeinigt sind die Bauten des Unternehmers Willen & Wöhler, H. Baumgarten, Karl Baumgarten, Eggers, H. Thielke, Körting, Hößling, Höpke, W. Dahl und J. Fahrenkrug in Hamburg wegen Aflorbarbeit in Stolp. Die Bauten der Gebr. Kröner, desselben Unternehmer haben Arbeit in Bülow und Danzig; in Sagard (Rügen), die Bauten des Unternehmers Galitz in Barnimfelde die Bauten der Unternehmer W. Timm, J. Bargmann, D. Preuß, H. Fischer, F. Bornholz, C. Wöhling, F. Volk, H. Gährtgens, H. Witt und H. Krohn; in Wittstock die Bauten des Unternehmers Spangenberg, weil er den geforderten Lohn nicht zahlt; in Dannenbüttel die Bauten des Unternehmers Strauß; in Barth im Bereich der Arbeiten des Unternehmers Becker aus Schwedt a. d. Oder und in Groß-Santersleben die Bauten des Unternehmers Heinemann; in Güstebiese die Bauten des Unternehmers Schüller; in Pobejuck die Bauten des Unternehmers Häbing; in Schneidemühle die Bauten des Unternehmers W. Meyer.

Differenzen, die leicht zum Streit führen können, bestehen in Brünzüttilshofen und Düsseldorf.

In Cuxhaven am Dienstag, den 18. August, auf Veranlassung des Gebeleauschusses eine Sitzung mit der Innung statt. Es wurde eine Einigung erzielt. Der Stundenlohn beträgt 32 & pro 10stündiger Arbeitszeit. Bisher wurden 30 & Stundenlohn bei 10stündiger Arbeitszeit gezahlt. Diese Abmachungen gelten bis zum 1. Januar 1903. Einigung findet nicht statt.

In Düsseldorf hat sich die Situation in einer Weise geändert, daß die Kollegen wahrscheinlich gezwungen sein werden, in einen Abwehrkampf zur Einführung der elfstündigen Arbeitszeit einzutreten.

Die Sperrre über die Bauten des Unternehmers Büttelfeld in Höhe ist erledigt. Der Unternehmer hat sich bereit erklärt, 42 & Stundenlohn zu zahlen und die Streitenden, so weit solche noch am Ort vorhanden, wieder in Arbeit zu setzen. Seine Bedürfnisse, Streitbrecher aufzutreiben, blieben absolut erfolglos, daher seine Freude darüber, die diesmal hoffentlich etwas länger andauern wird, als das letzte Mal.

Über den Unternehmer Heinemann in Gr.-Santersleben ist wegen Lohnkürzung die Sperrre verhängt. Der Lohn, der sowieso nur 32 & betrug, sollte noch um weitere 2 & pro Stunde gesenkt werden, worauf 6 Kollegen die Arbeit niedergelegten.

Der Unternehmer Schüller wollte in Güstebiese die zwölfstündige Arbeitszeit einführen, was aber von den Geleuten dankend abgelehnt wurde; es wurde vielmehr von ihnen die Gegenforderung gestellt: Beharrliche Arbeitszeit und 30 & Stundenlohn. Der Unternehmer beantwortete die Forderung mit der Entlastung von 6 Geleuten, wofür er 7-10 Lehrlinge einstellte. Über den Bau des Unternehmers ist die Sperrre verhängt worden. Er sucht nun im Lande nach Streitbrechern umher, hat aber noch keine gefunden. Wenn er die Forderung nicht bald befriedigt, werden im Laufe dieser Woche noch 12-17 Kollegen, welche an einem Neubau in dem Nachbarorte Alt-Wiehl arbeiten, ebenfalls die Arbeit einstellen.

In Landsberg a. d. W. haben am 15. d. M. vor dem Gewerberat Verhandlungen zwischen den Unternehmern und Geleuten, unter Hinzuziehung je eines Vertreters des Zimmermeisters und des Maurerverbands, stattgefunden. Die Unternehmer kündigten sich bereit, die zehnstündige Arbeitszeit anzuerkennen und einen Lohn von 37 & pro Stunde zu zahlen, unter den Bedingung, daß der nach dieser Richtung hin abschließende Vertrag bis zum 1. Juli 1903 Gültigkeit habe. Die Vertreter suchten darauf hinzuwirken, daß im nächsten Jahre eine Lohnerhöhung eintrete. Eine Einigung wurde in dieser Sitzung noch nicht erzielt, die Verhandlungen wurden vielmehr bis zum 21. d. M. vertagt.

Seit dem 18. August befinden sich die Kollegen in Kolberg wegen einer Lohnforderung von 45 & pro Stunde im Streit. Im vorigen Jahre standen die Geleuten mit den Unternehmern in einem Vertragsverhältnis, das bis zum 1. April b. J. Gültigkeit hatte. Im Herbst b. J. wurde der Vertrag von den Unternehmern gekündigt und ein neuer Vertrag kam nicht zu Stande, da die Geleuten, nach Ansicht der Unternehmer, ungerecht und unzureichend

waren. Dagegen wurde von den Unternehmern empfohlen, das bisherige Vertragsverhältnis stillschweigend weiter befreien zu lassen, worauf die Geleuten jedoch eine Antwort nicht erhielten haben. Während der vertraglosen Zeit machten sich nun allerlei Unzuträglichkeiten geltend, die des öfteren zu Differenzen und schließlich zum Streit führten. Es wohnten am Orte 11 Unternehmer, die vor dem Streit 14 Parforce, 177 Geleute, 49 Lehrlinge und 40 Handlanger beschäftigten. Die Arbeit niebergelegt haben 186 Geleute, während in 7 Unternehmern, 44 Geleute und 14 Parforce als „Arbeitswillige“ verblieben. Von den Streitenden sind 78 verheirathet, welche zusammen 140 Kinder haben. Wie es scheint, beschäftigen die Unternehmer die Organisation der Geleuten zu sprengen. Zu diesem Zweck hatte der Unternehmer Blaser, der den Neubau einer Kaserne auszuführen hat, sich schon vor Beginn des Streits 25 Maurer aus Überlebten kommen lassen und sie in einem der Stadt gehörenden alten Gebäude, welches ihm bereitwillig zur Verfügung gestellt wurde, einquartiert. Wie vorausgesesehen war, haben denn auch diese Maurer die Arbeit nicht eingestellt. Aber trotz ihrer „Arbeitswilligkeit“ ist Herr Blaser von den Leistungen dieser Leute wenig erwartet. So lange noch einheimische Kollegen mit ihnen zusammen arbeiteten, waren ihre Leistungen in Bezug auf die Qualität als genug zu bezeichnen; nun aber auf sich allein angewiesen sind, ist es damit vorbei; sie arbeiten fast noch wie für den Abschluß. Herrn Blaser wird also seine Haftstrafe gegen den einheimischen Kollegen gegenüber einen rechttheuren Vergnügen werden.

Aus Waren wird uns berichtet: Wie uns mitgetheilt wurde, soll die in der vorigen Woche stattgefundenen Unterhandlung mit der Innung auf Drängen der kleinen Handwerker gelöschen sein. Der Bürgermeister besteht nämlich bis jetzt kein eigenes Heim, will aber nun doch Aufenthalte machen, um auch Eigentümern zu werden. Der Bürgermeister, welcher den Neubau übernehmen sollte, magte geltend, daß, wenn er mit fremden Arbeitsträgern den Bau fertig stellen müßte, sich der Kostenpunkt um M. 800 erhöhen würde. Das kann nur der Baubauer nicht leichten und M. 800 opfern, ist begehrlich. Deshalb sollen die kleinen Handwerker, welche im Bauhaus tätig sind, zur Deckung dieser M. 800 mit herangezogen werden, indem sie 4 & ihres Verdienstes für diesen Zweck opfern sollten. Durch diese Schließung ist also die Unterhandlung zu Stande gekommen. Ob es den Leuten nun Ernst mit jedem Gedanken ist, bezweifelt vor stark. Haben doch auch diese Handwerker, hier wie anderswo, genug mit sich selbst zu thun. Sie leben doch auch nur von der Hand in den Mund. Ja, wir möchten behaupten, daß, wenn das oben Angeführte zutreffend sein sollte, nur ihre Abhängigkeit von den Maurer- resp. Zimmermeistern für dazu ausreichen könnte. Oder sollte dies alles aus Liebe oder Furcht vor dem Stadtoberhaupt geschehen sein? Von der richtigen Seite betrachtet, scheint es uns ein Komödienstück zu sein, um vielleicht die Streitenden zu beeinflussen — oder für lächerlich zu machen. Wer werden ja schwärzen müssen, ob die 4 & viertlich fallen werden. Unbegreiflich ist es nur, daß es noch derartig dumme Menschen gibt, die ihren ärgerlichen Feinden noch die Butter zum Brode liefern. Die ganzen Brabatowerbeiten werden fast durchgehend salzfesteigig von den Herren Innungsmästern angenommen. Die kleinen Handwerker bekommen für ihre Arbeit den Betrag, den der Generalunternehmer für gut befindet, dafür zu zahlen. Es ist also selbstverständlich, daß der Unternehmer zunächst für sich sorgt. Die Konkurrenz unter den kleinen Handwerker ist auch eine große. Im Stande des Streits ist eine Aenderung nicht eingetreten. Hier von den „Arbeitswilligen“ sind im Laufe der Woche abgereist. Dagegen sind seben Maurer, welche sämtlich weiterförderbar waren, kommt. Zu untersuchen sind noch 19 Kollegen mit 33 Kindern. In Giebel erlebt man das seltsame Schauspiel, daß ein Arbeitswilliger aus Berlin von seiner Frau verlangt wurde, sie nach der Heimat zurück zu begleiten. Der Grund wird wohl darin zu suchen sein, daß der Verdienst zum Rücken wanderte, die Familie übersiedelte leer ausging. Von welcher Güte die „Arbeitswilligen“ sind, dürfte barnach bemessen werden können. Die Bauarbeiter über ihre Solidarität in der bisherigen Weise weiter, indem sie die Arbeitswilligen hollaum mit dem nötigen Material versorgen.

Die Unternehmer in Steinberg-Briel-Warin haben den Streitenden das Angebot gemacht, den Lohn von 80 auf 82 & zu erhöhen, dagegen die 10stündige Arbeitszeit für die Sommermonate bestehen zu lassen. Die Kollegen in Sternberg sind hierauf eingegangen, haben sich aber vorbehalten, daß ihnen für den Fall, daß die Kollegen in Briel und Warin höhere Lohn- und Arbeitsbedingungen erreichen sollten, diese besseren Bedingungen ebenfalls gewährt werden. Die Kollegen in Briel und Warin haben das Angebot der Unternehmer abgelehnt. Die Lohnkommission in Sternberg erhält darauf von der Innung die schriftliche Mitteilung, daß der Streit nur dann als aufgehoben angesehen werden könne, wenn die Maurer und Zimmerer in allen vier Ortschaften, Neulöster, Warin, Briel und Sternberg, die Arbeit für den gleichen Lohn, 82 & pro Stunde und 10stündige Arbeitszeit, aufnehmen.

Über die Bauten des Unternehmers W. Meyer in Schneidemühle ist die Sperrre verhängt.

### Zur Lohnbewegung in Mecklenburg.

Nicht traurige Zustände herrschen bis jetzt noch im Lande des Oder-Landes. Das bedeutet die diesjährige Lohnbewegung in unserem Gewerbe. Wurden doch bisher in den kleineren Orten Löhne gezahlt, welche nicht im Entfernen hinterreichen, die Kollegen vor der bittersten Not zu bewahren.

In fast allen Orten, ausgenommen Rostock, Schwerin, Güstrow, Wismar, Grabow, Neustadt und Barthim, wurde im Sommer bei 10½ bis 11stündiger Arbeitszeit ein Lohn von täglich M. 2.75 bis M. 3 verdient, so daß ein Durchschnittsverdienst von M. 500-600 erreicht wurde. Es wird wohl niemanden einfallen, behaupten zu wollen, daß hieron eine Familie anständig ernährt werden kann. Und doch giebt es Unternehmer (in Sternberg und Briel), welche der Meinung sind, daß der Maurer dieses mit M. 450 Jahresverdienst kann, weil der sogenannte Arbeitermann ja auch nicht mehr verbriebe und auch sehr gut im Stande sei, anständig davon zu leben, man müsse es nur verstehen, damit zu wirtschaften.

Jedenfalls haben diese Art Herren den Verdienst noch nicht gemacht, sonst würden sie wohl schwerlich auf den Gedanken gekommen sein, so etwas zu behaupten. Auch ist es ein Beweis dafür, daß sie sich recht wenig um die wirtschaftliche Lage ihrer Arbeiter, oder richtiger gesagt, Lohnflaufen kümmern. Ihr eigenes Ich ist ihnen ja auch viel näher als alles Andere.

Man darf sich deshalb nicht wundern, daß die Kollegen dort, wo sie nun endlich einmal zur Einsicht gelangt sind, es gewagt haben, an die Unternehmer heranzutreten, um auch einen kleinen Prozentzuschlag von dem Profit, welcher aus ihnen herausgezogen wird, in Anspruch zu nehmen. Man muß es eigentlich als recht befreiden betrachten, wenn die Kollegen sich allgemein sagen, ein Stundenlohn von 35 & ist nicht zu hoch bemessen, den müssen wir verdienen, um unserer Familie gerecht zu werden. Dazu gehört weiter, daß auch die Arbeitszeit verkürzt werden muß. Man muß natürlich wissen, daß bei einem Einkommen von, sagen wir, M. 800, der Maurer nicht im Stande ist, zu existieren, daß also die Landwirtschaft nebenher betrieben werden muß. Die Arbeit müssen entweder vor Beginn oder nach der Arbeitszeit beverlieft werden. Oftmals ist auch noch die Frau gezwungen, auf Arbeit zu gehen, um mitzuverdienen. Das ist schon in diesem Falle eine Verkürzung der Arbeitszeit dem Kollegen zu Statuten kommt, liegt auf der Hand. Aber auch das Familieneleben muß hier in Betracht gezogen werden. Die Arbeitszeit ist fast durchgehends auf dem Lande. Wenn nun auch in vielen Fällen nicht die ganze Woche ausgelebt wird, so ist der Maurer doch gezwungen, das Morgens früh auszutreten, um des Abends spät und abgeradert heimzufahren, dann darf noch kaum mal an die leiblichen Bedürfnisse gedacht werden, da heißt es zunächst die Kindererziehung verbleibt. Vergißt die Mutter, sobald ihr die nötige Zeit dazu verbleibt. In vielen Fällen werden die Kinder dem Vater sogar vollständig entzweit, weil dieser weniger zu Hause ist und dadurch keinen Einfluß auf die Erziehung gewinnen kann. Nun wird ja so Manden sagen: „Was im Sommer in dieser Beziehung verhant wird, kann ja im Winter nachgeholzt werden.“ Ja, wenn der Maurer aus der Landwirtschaft aussteigt, kann er sich auf die Erziehung gewinnen. Nun wird ja so Manden erzählen, daß sich sein Einkommen auf M. 900 bis M. 1000 erhöhte, wäre es wohl möglich, sein Eigentum ist es nun selten, wo er bewirtschaftet, in den meisten Fällen ist es Bachtland, das auch teurer bezahlt werden muß. So ist denn der Maurer gezwungen, sich im Winter nach einem Nebenerwerb umzutzen. Dieser Nebenerwerb ist nun recht verschiedenartig. Einige legen sich auf die Fleischer, da beginnt gewöhnlich die Arbeitszeit des Morgens 8 Uhr und währt bis Abends 9 Uhr, bei einem Tagelohn von höchstens M. 2. Es wird außerdem kaum einmal so viel Zeit gebraucht, daß das Mittagabrot heruntergewirkt werden kann, Frühstück oder Kesperpaule gibt's sehr selten. Man sollte meinen, daß nun doch bei dieser langen Arbeitszeit und dem Largen Lohn mindestens ein paar Tage abfallen würden, aber weit gefehlt. Das kommt nur noch sehr selten vor, die Bäcker der Bäckerei sind in diesem Falle ebenso auswärts, wie jeder Kapitalist. Ein anderer Erwerbszweig ist das Steinellopfen an der Chaussee, oder das Steinbrüden und Sprengen; ebenfalls eine aufreibende Arbeit bei der rauen Jahreszeit.

Weiter kommt die Forstarbeit in Betracht. Im Dezember ist gewöhnlich die Baulistung zu Ende, dann geht es bis Ende März, auch Anfang April, in den Forst. Von Morgens früh bis Abends spät, in Schnee und Eis, für einen Lohn von M. 1.25 bis M. 1.75, ausnahmsweise einmal M. 2, ist der Maurer dann gezwungen zu arbeiten. Wenn auch die Arbeit nicht annähernd begabt wird, so ist es doch soviel, daß man nicht gezwungen ist, allzuviel Schulden zu machen. In den meisten Fällen ist hier ja auch eine kleine Holzgerüchtelei mit verbunden, die dem Kollegen dann außerordentlich zu Statuten kommt, weil der Verdienst nicht reicht, um die nötige Feuerung zu beschaffen. Um traurigsten sieht es jedenfalls in der Gegend um Rostow herum aus. Die Baulistung fängt spät an und ist auch früh beendet, die noch rüstigen, in der Landwirtschaft beheimateten Kollegen ziehen es deshalb vor, schon zu Beginn der Erntezeit das Handwerk einzufallen, um mit der Senni dann ihren Unterhalt zu verdienen. Auch das Kartoffelausnehmen wird in Alsfeld von ihnen übernommen. Wenn dann auch dieses beider verdingt, werden sie sich bei den Großgrundbesitzern um einen Lohn von 75 & täglich, ohne Belohnung. Weil es nun zum Theil nicht möglich ist, jeden Abend sein Familienelein zu erreichen, wird dann das Nachtlager gratis gewährt. Also auch ein recht netter Nebenverdienst. Daß unter diesen Umständen an die Ausbildung des Geistes bei den Kollegen nicht gedacht werden kann, liegt auf der Hand. Deshalb ist es auch umso mehr notwendig, an's Werk zu gehen, um bessere Zustände zu schaffen.

In ganz befreiteter Aufregung sind die Unternehmer geraten durch die Forderung: „Gewährung eines menschenwürdigen Quartiers bei Landarbeit.“ Bilden doch die Unternehmer sich ein, daß ohne ihnen überhaupt keine Arbeit vorhanden ist, folgegedenkt zu sein. Das Quartier, wenn jenes gewährt wird, können doch nur als ein Entgegenkommen von ihnen (den Unternehmern) betrachtet werden. Also der Maurer hätte einen Anspruch darauf nicht. Darauf mag es nun auch teilweise zurückzuführen sein, daß die Kollegen sich in ihrer großen Mehrzahl in den ersten besten Stall hineinziehen lassen, ihren Aufenthalt also da nehmen, wo Schwein und Rind, Pferd und Schaf ihre Unterkunft gefunden haben. Es kommt nicht selten vor, daß die Bewohner der Hühnerställe umquartieren müssen, um für die Maurer und Zimmerleute Platz zu schaffen. Vielfach findet nicht einmal erst eine gründliche Reinigung dieser absonderlichen Quartiere statt. Es wird ein Schafslager bereitgestellt und dann giebt es einige wenige Degen, der Geschäftszettel ausgetispt mit Stroh, bildet das Kopftuch, das Nachtlager ist fein. Nur ist es auch so ein eigen Ding mit den Degen, sie führen wohl den Namen „wollene Degen“, aber vielfach sind es nur noch Stelen, die eigentlich in den Lumpensack gebaut werden, aber der Maurer, abgeschnitten durch übermäßig lange Arbeitszeit, den langen Verdienst, gänzlich abgeschnitten von geistigem Leben, kennt es nun einmal nicht anders und zieht hinein.

Hauptsächlich trifft dies dort zu, wo es mit der gewerbsmäßigen Organisation noch schlecht bestellt ist. Es muß unerlaubt werden, daß dort, wo die Organisation schon festen Fuß gesetzt hat, die Kollegen etwas mehr für ihre menschlichen Rechte eingetreten sind; wenn auch nur Strohlag, so werden doch zum Theil Bettalten, Kopftücher und Liebestrüge zu den Degen geliefert. Auch wird für regelmäßige Reinigung gesorgt.

Es gibt nur sehr wenige Orte, wo die Kollegen sich den Genuss eines Bettes bei der Handarbeit zu Theil werden lassen können,theilweise ja auch nur dann, wenn ihr eigenes Werkzeug mit über Land wandert.

Das ist so ungefähr Das, was bei der Lohnbewegung hauptsächlich in Frage kommt. Man sollte nun meinen, daß das Unternehmertum so viel Einsicht besäße, um die Hand mit an's Werk zu legen, damit bessere Verhältnisse geschaffen werden, fälseln diese Herren doch so viel von der Leistung des Handwerks. Weit gefehlt! Die Kollegen haben, um die Unternehmer nicht plötzlich mit einer Lohnherabsetzung zu überraschen, sich veranlaßt, spätestens bis zum Beginn des Jahres ihre Wünsche einzurichten. Die Unternehmer nahmen nun zum weitauß größten Theil eine vollständig ablehnende Haltung ein. Ja, sie gingen noch weiter. Mit den Bauherren auf dem Lande wurde vereinbart, daß die Arbeiten so lange unausgeführt bleiben, bis den Maurern die Streitigkeiten vergangen seien. Es wurde den Bauherren nun nicht etwa gezeigt, was denn eigentlich die Arbeit wünschten, sondern man ging damit freibekannt, daß der Maurer statt A 8 täglich A 3,75 verdienen wolle, dazu kommt dann noch das Meistergeld. Das bauende Publizum ließ sich auch hierdurch beeinflussen und hielt mit den Arbeitern durch. Die Unternehmer verfolgten hiermit einen doppelten Zweck. Sie hofften zunächst, daß die Forderungen fallen gelassen würden, weil, wie man richtig spekulirt, der Winter sehr lang war, die Eisparnisse aufgezehrt und Manchen die gesammelten Schulden brüder würden. Deshalb würden auch die Maurer, sobald die Witterung es erlaube, kommen und um Arbeit anstreben. Als der Frühling in's Land zog und die Kollegen um Arbeit anprangten, wurden sie mit den Worten abgewiesen: „Wir wollt ja streiken, bevorjgt Dieses nur erst, sonst müßt Ihr auf Eure Forderungen verzichten, dann lassen die Bauherren auch anfangen.“ Bei dem geforderten hohen Lohn wird überhaupt Niemand mehr bauen. Daran hat Euer Verband Schuld. Ihr werdet Euch von dem nun wohl Arbeit beschaffen müssen.“

Die Unternehmer hatten es also auch darauf abgelehnt, den ihnen so verhafteten Verband aus dem Wege zu schaffen. Aber das Alles ist ihnen nicht gegliedert, sondern sie haben die Erfahrung machen müssen, daß es nicht mehr so geht, wie in den früheren Jahren, das vielmehr für dieses Mal geordnete Zustände in dieser Beziehung geschaffen waren.

Ausgegäng von dem Grundgedanken, fest, für beide Theile bindende Verträge auf friedlicher Weise herzustellen, wurde stets um mündliche Unterhandlungen nachge sucht. Der Hauptvorstand ging noch weiter, indem er zu den Unterhandlungen einen Vertreter zur Verfügung stellte. Über die Unternehmer, wohl einsehend, daß es unmöglich sei, hier mit faulen Gründen Ausflüchte zu machen, lehnten durchgehends dieses Angebot ab. Der Unternehmer Stodmann in Neubulow, welcher in einer Mitgliederversammlung persönlich mit seinem Kollegen erschien, um die Gesellen zu ermahnen, daß Abstand von ihren Forderungen zu nehmen, erklärte: „Er wäre wohl, daß, wenn die Maurer sich einig seien, die Unternehmer unterliegen müßten. Er hätte sich auch dem Arbeitgeberbund nicht angegeschlossen, das Geld, welches dafür aufgewandt würde, könne er besser in seinen Geschäften verwenden.“ Er wolle nicht bestreiten, daß Vieles verbesserungsbedürftig sei, er könne aber absolut nicht einsehen, warum man ihn denn zuerst bei den Oberen kriegen wolle, man müßte doch dieses Experiment erst bei seinem Kollegen in Kröpelin versuchen. Wenn dieser etwas bewillige, wolle er dasselbe bezahlen.“ Also eine heillose Angst besaß der Herr, aber sein Entgegenkommen. Der anwesende Vertreter des Hauptvorstandes nahm dann Gelegenheit, dem Herrn, das Komische seiner Handlungswweise in kurzen Worten vor Augen zu führen. Darauf erfolgte dann die Antwort: „Wenn ich das gewußt hätte, daß hier ein Fremder ist, wäre ich nicht hierher gekommen.“ Ein Angebot, sofort mit dem Vertreter und dem Gesellenausschuß in weitere Unterhandlung zu treten, wurde rundweg abgelehnt. „Mit fremden Leuten wolle er nichts zu thun haben.“ Man sollte nun meinen, daß, da in Kröpelin eine Einigung stattgefunden hatte, auch das gegebene Versprechen eingelöst worden wäre. Wer nichts von dem. Die Kollegen sahen sich gezwungen, die Kündigung einzurichten, und erst im letzten Augenblick dann eine Einigung statt. Der Herr meinte dann: „Ich wäre auch dieses Mal in Eure Versammlung gekommen, wenn der „Lübecker“ nicht gewesen wäre.“ In Doberan erfolgte ebenfalls eine Abweisung. Der Vorsitzende meinte sogar, ich wäre wohl nur gekommen, um den Streit in's Werk zu setzen, sonst wäre wohl nicht das große Metzgeld ausgegeben worden. Jedenfalls hatte der Herr wohl bisher nicht den leisesten Schwimmer von dem Beziehungen unserer Organisation, sonst hätte ihm wohl Gedanken nicht auftauchen können. In Bütow, wo das erste Mal eine Abstimmung erfolgte, ließen sich die Herren dann doch herbei, wie der entscheidende Beschuß gefasst werden sollte, in eine Unterhandlung mit dem Vertreter des Vorstandes einzutreten. Jedenfalls war es nicht zu ihrem Schaden; es kam ein annehmbarer Vergleich zu Stande.

In Güstrow erfolgte die Abweisung in folgender Weise: Der stellvertretende Vorsitzende der Innung meinte: „Es wäre unmöglich hierauf einzugehen, in diesem Falle müsse erst die Genehmigung des Herrn Tiefe aus Schwerin eingeholt werden, wobei sich die Innung dem Arbeitgeberverband anschließt.“

Befriedigt wurde ein Angebot gemacht, die Stunde mit 37 1/2 zu bezahlen, allerdings unter der Voraussetzung, daß der Arbeitgeberverband seine Zustimmung hierzu gäbe. Die Herren vertraten uns gegenüber stets die Ansicht, daß sie doch „Herr im eigenen Hause“ sein müßten. Das scheint jetzt nicht mehr der Fall zu sein, da sie sich mit Haut und Haaren dem Arbeitgeberverband verschrieben haben.

Recht drücklich war das Antritts der Unternehmer in Berlin, Martin, Sternberg und Neustadt.

Der Vorsitzende verlangte zunächst eine Vollmacht für meinen Auftrag, dann noch einen beglaubigten Nachweis, daß ich auch Maurer sei. Ihm genügte es nicht, daß eine Anzahl Kollegen die Berufsvorstandsschaft bestätigten. Der Auftritt zu den Verhandlungen wurde mit 10 gegen 4 Stimmen abgelehnt.

Nun hat auch nicht allein der Arbeitgeberverband Schuld, sondern auch die Verbände sind uns fast durchweg feindlich gesinnt.

Ein Beispiel hierfür ist aus Benzlin anzuführen. Beim Beginn des Streits hatte der Unternehmer (es handelt sich

dort nur um einen Unternehmer) keinen Anstoß genommen mit den Vertretern der Maurer und Zimmerleute zu unterhandeln. Es wäre auch wohl zur Einigung gekommen, wenn der Unternehmer Brunton nicht seinen Kopf für sich gehabt hätte. Der gute Mann wollte nun absonder einmal sehen, was es wohl am längsten aushalten könnte. Nach vier Wochen sollten die Maurer müde sein. Diese Voraussetzung traf nicht zu. Die Arbeiten drängten immer mehr an, auch der Verdienst des Unternehmers litt fühlbar unter der Arbeitsentlastung. Kein Wunder, wenn sich dann einmal das Bedürfnis nach Frieden bemerkbar macht. Der Unternehmer gab also bekannt, daß er gebüßt sei, mit dem Vertreter des Hauptvorstandes zu unterhandeln. Aber mit des Geschildes Mächten ist kein ewiger Bund zu schließen. Dieses Wort sollte sich auch wieder hier bewahrten. Bei seiner Ankunft in Benzlin wurde dem Vertreter gleichzeitig mitgetheilt, daß der Unternehmer umgesetzt habe, und soll dies auf Veranlassung des Bürgermeisters geschehen sein. Der Unternehmer soll darauf aufmerksam gemacht worden sein, daß er es mit einem eklatten Sozialdemokraten zu thun habe, es müsse doch Anstoß erregen, wenn er, der Unternehmer, damit unterhandeln würde. Auf eine schriftliche Anfrage lief nicht einmal eine Antwort ein.

Boher der Bürgermeister mein politisches Glaubensbekenntniß hat, ist mir unbekannt. Daß dies aber mit der Lohnbewegung etwas zu thun hat, muß denn doch bestritten werden.

Auch in anderer Beziehung hat sich der Bürgermeister sehr bemerkbar gemacht, indem er verschiedene Kollegen zu Streitbrüchen verholfen hat. Grund dazu war der bekannte große Unzug. Der selbe soll dadurch berübt sein, daß die streitenden Kollegen am Abend des 1. Mai wie gewöhnlich auch an anderen Tagen vereinbart und zu zweien einen Saal angemietet durch die Stadt unternommen hatten. Eine Anrempelung, ausgelöst von Streitbrüchen, gab auch hier die Veranlassung dazu. Es waren fast durchgehend Strafstrafen auf politische Veranlassung verhängt worden. Bei der geistlichen Entscheidung wurden dieselben sämmtlich in Geldstrafen umgedeutet. Auf eine Freisprechung, die ja eigentlich hätte erfolgen müssen, konnte bei der bis jetzt gebliebenen Freisprechung wegen dieses Deliktes nach Wedelburger Verhältnissen wohl schwerlich gerechnet werden.

Daß die Polizei den Arbeitwilligen ihren besonderen Schutz angebieten läßt, braucht hier nicht weiter erörtert zu werden. Eine Ausnahme macht bis jetzt die Polizei in Waren. Dort wird den Kollegen bei der Ankunft von Arbeitwilligen nichts in den Weg gelegt. Die Polizei sorgt nur darfür, daß keine Ausschreitungen beobachtet stattfinden. Wir kennen der Polizei in anderen Orten dieses Verhalten nur aus Nachrichten empfohlen.

Daß die Unternehmer den Versuch machen, mittels schwieriger Art die Kollegen zu hindern, anderweitig Arbeit zu bekommen, ist eine bekannte und ungetümliche Thatkunde. Der Erfolg ist denn auch so minimal, daß davon eigentlich nicht die Rede sein kann. Alle Kollegen, die aus Streitorten abgereist sind und sich ernstlich um Arbeit bemüht haben, ist es auch bis jetzt noch gelungen, trotz der Urtätsbriefe, Arbeit zu erhalten. Jedenfalls eine arge Enttäuschung für die starzhafte Wedelburger Unternehmer.

Ein Fall soll hier noch erwähnt werden: Zünf Goldberger Kollegen hatten Arbeit bei einem Kreisler Unternehmer gefunden. Sie hatten dem Unternehmer gleich gesagt, daß in Goldberg gestellt würde. Der Unternehmer meinte dann, daß wäre ihm egal, wenn er nur gute Maurer hätte, auf ein paar Preisscheine mehr Lohn käme es ihm nicht an. Die Kollegen nahmen die Arbeit auf. Über auch der Goldberger Unternehmer standt war auf dem Kosten, jedoch ohne Erfolg. Wie nun der Unternehmer sah, daß er auf seinen Kollegen in Kröpelin keinen Druck ausüben konnte, setzte er sich flugs mit dem Bauherren in Verbindung. Dieses half; der Kreisler Unternehmer mußte dann mit schwerem Herzen den Kollegen ihre Entlassung ankündigen, wenn er nicht der Arbeit verlustig gehen wollte. Ein weiteres Stückchen aus Goldberg, bei welchem auch die Behörde ihre Hand im Spiel hatte. Ein Kollege hatte bei einem Privatmann einen Stall mafitig schnell fertig zu stellen, wurden noch zwei Kollegen eingesetzt. Raum war mit der Arbeit begonnen, da stellte sich denn auch schon die Obrigkeit in der Gestalt des Bürgermeisters ein. Seine erste Frage war nun, ob die behördliche Genehmigung zu der Untermauerung eingeholt sei. Dieses wurde bestätigt mit der Begründung, daß es etwas bisher noch nicht offiziell genehmigt sei. Der Bürgermeister war jedoch anderer Ansicht. Die zweite Frage galt der Unfallversicherung. Die Kollegen erklärten ihm, daß das ihre Sache sei, sich zu versichern. Nun wandte sich der Bürgermeister an den Bauherren mit der Frage, ob er denn nicht wisse, daß die Maurer streiken? Der Bauherr meinte, daß ihm das höchst gleichgültig sei, wenn er nur seinen Stall fertig bekomme. Die Folge war für den Unternehmer ein Strafmandat von A 3 und die üblichen Kosten. Die Unternehmer, im Bunde mit der Behörde und der Mehrheit der Bevölkerung hatten sich zu jenen verpflichtet, die Maurer auszubürgern. Eine saubere Gesellschaft. Um so größer ist der Erfolg anzuholzogen, der erreicht wurde. Der Unternehmer gründt soll wie umgedreht, sein Jedenfalls hat er die richtigen Leute aus dem Kampfe gezogen.

Das Angeführte mag vorläufig genügen, vielleicht geben die noch schwierigen Streits Veranlassung zu weiteren Feststellungen. Aber eins ist bis jetzt aufgefallen, und das ist für die Orte zutreffend, wo durch Vergleich die Lohnbewegung beeinflußt wurde. Die Kollegen, welche so lange die Bewegung antrieb, derzeitliche ihre volle Tägigkeit widmeten, scheinen jetzt zu der Einsicht gelangt zu sein, daß nun alles gemacht ist, um in den Arbeitstand treten zu können. Man merkt es sofort, daß die Agitation im Bezirk vernachlässigt wird. Jeder Zweigverein sollte es sich zur Ehre annehmen, nachzuweisen zu können, auch den letzten organisatorischen Kollegen zur Organisation herauszogen zu haben. Es ist dies um so mehr notwendig, als schlechter sich die wirtschaftlichen Verhältnisse gestalten. Vielfach verläßt man sich auf die geübten Verhaltungsbeamten. Es bedient aber Niemand, daß eine so umfangreiche Arbeit nicht von Einigkeitserfolg reich zu machen ist. Ein jedes Mitglied soll unangetastet für die Agitation thätig sein, um einen vollen Erfolg zu erzielen. Das können wir einem Jeden mitgegeben, wenn nur die nötige Lust und Liebe zur Sache selbst vorhanden ist. Von allen Dingen, Kollegen in Wedelburg, sorgt für eine gere-

chte Beitragszählung. Die Schwierigkeiten sind nicht so groß, daß sie unüberwindlich sind. Man muß sich wundern, wenn man in den Orten überhaupt eine Revision vornimmt, daß noch so viele rückläufige Mitglieder vorhanden sind. Bei der Gleichgültigkeit, welche vielfach vorherrschend ist, gelang uns diese Kollegen, welche mitunter erst durch große Mühe gewonnen werden konnten, wieder verloren. Es kann deshalb nur empfohlen werden, daß mit der Verbreitung des „Grundstein“ zugleich auch die Einholung der Beiträge stattfindet. Diese Einrichtung müßte auch für das Landgebiet eingeführt werden.

K. Wessel.

### Versammlungen und sonstige Bewegung.

Bestellungen auf die Nr. 18 des „L'Operario Italiano“ milieu bei unserer Expedition bis Montag, den 8. August, eingegangen seien. Später einlaufende Bestellungen können nicht berücksichtigt werden, da das Blatt schon Dienstag früh gedruckt wird.

Alle Anschriften, die schneller Erledigung bedürfen, richte man direkt an die Redaktion des „L'Operario“: C. Legien, Hamburg-St. Pauli, Marktstr. 15, 2. Et.

Für die zum bisherigen Agitationsbezirk Kassel gehörigen Zahlstellen findet am Sonntag, den 8. September, Vormittags 9 Uhr, im Lokale des Herrn Hubn in Kassel eine Konferenz statt, mit der Tagesordnung: Eintheilung des Gaus und der Zweigvereine. Sämtliche Zahlstellen müssen durch Delegierte vertreten sein.

### Die Agitationskommission.

Eine von circa 500 Mitgliedern besuchte Versammlung des Zweigvereins Bremen fand am 7. August statt. Anwältig beschäftigte sich dieleß mit dem Schiedsgericht in Sachen der Hamburger Altordnauer. Die Debatte darüber war eine recht lebhafte. Alle Redner waren der Ansicht, daß gegen den Schiedsgericht, weil er ein Teilstruktur sei, energetisch Protest erhoben werden müsse. Folgende Resolution fand einstimmig Annahme:

„Die am 7. August d. J. im Lokale des Bremer Rathauses tagende Versammlung der Maurer Bremens nimmt Kenntnis von dem Spruch des Schiedsgerichts der Sozialdemokratischen Partei in Sachen der Hamburger Altordnauer und spricht ihrseitig dieleß mit dem Schiedsgericht in Sachen der Hamburger Altordnauer. Die Debatte darüber war eine recht lebhafte. Alle Redner waren der Ansicht, daß gegen den Schiedsgericht, weil er ein Teilstruktur sei, energetisch Protest erhoben werden müsse. Folgende Resolution fand einstimmig Annahme:“

„Die am 7. August d. J. im Lokale des Bremer Rathauses tagende Versammlung der Maurer Bremens nimmt Kenntnis von dem Spruch des Schiedsgerichts der Sozialdemokratischen Partei in Sachen der Hamburger Altordnauer und spricht ihrseitig dieleß mit dem Schiedsgericht in Sachen der Hamburger Altordnauer. Die Debatte darüber war eine recht lebhafte. Alle Redner waren der Ansicht, daß gegen den Schiedsgericht, weil er ein Teilstruktur sei, energetisch Protest erhoben werden müsse. Folgende Resolution fand einstimmig Annahme:“

Einige von circa 500 Mitgliedern besuchte Versammlung des Zweigvereins Bremen fand am 7. August statt. Anwältig beschäftigte sich dieleß mit dem Schiedsgericht in Sachen der Hamburger Altordnauer. Die Debatte darüber war eine recht lebhafte. Alle Redner waren der Ansicht, daß gegen den Schiedsgericht, weil er ein Teilstruktur sei, energetisch Protest erhoben werden müsse. Folgende Resolution fand einstimmig Annahme:

„Die am 7. August d. J. im Lokale des Bremer Rathauses tagende Versammlung der Maurer Bremens nimmt Kenntnis von dem Spruch des Schiedsgerichts der Sozialdemokratischen Partei in Sachen der Hamburger Altordnauer und spricht ihrseitig dieleß mit dem Schiedsgericht in Sachen der Hamburger Altordnauer. Die Debatte darüber war eine recht lebhafte. Alle Redner waren der Ansicht, daß gegen den Schiedsgericht, weil er ein Teilstruktur sei, energetisch Protest erhoben werden müsse. Folgende Resolution fand einstimmig Annahme:“

nehmer Weiland hat der Baudelegirte Feierabend bekommen; derselbe hatte ausdrücklich gemacht, daß bei dem betreffenden Unternehmer ein Gefleßt 45 & Lohn bekommt, er wollte mit dem Partier Mücksprache nehmen. Dasselbe ist bei dem Unternehmer Töller der Fall, wo auch ein Baudelegirte Feierabend bekam, der verhiebene Missstände auf den Bauten zur Sprache gebracht hatte, hauptsächlich wegen des Dachsystems, welches an der Hufträgerfläche nicht vorhanden war. Es wurde ferner angenommen, für genügsame berichterstattende Kollegen ab 3 und für ledige M. 2,50 pro Tag auszuzahlen. Es kamen noch berichtende Mitglieder über den Bau von Kuhns & Büsch, Söderstraße, zur Sprache.

Die am 11. August stattgefundene Mitgliederversammlung des Zweigvereins Drosophilic war nur mäßig besucht. Da dies schon wiederholt der Fall war, nahm der Vorsitzende Veranlassung, die Lauselt der Mitglieder scharf zu rügen. Sodann gab derselbe einen kurzen Bericht über die Gau-Konferenz in Leipzig. Hierauf verlas der Kassier die Namen der mit ihren Beiträgen im Rückstand gebliebenen Kollegen. Große Erregung unter den Mitgliedern rief es herbei, daß darunter auch der Name des früheren Kassiers Oswald Reinbold sich befand. Der Vorsitzende machte darauf aufmerksam, daß die Verwaltung sich all' erdenkliche Maß gegeben habe, die Säumigen zur Erfüllung ihrer Pflicht anzuhalten, es sei aber alles vergeblich gewesen. Der Kassier ist Sonntags in die Wohnungen dieser Kollegen gegangen, um an ihre Pflicht zu mahnen, sie waren aber nicht anzutreffen. Darauf und sie von anderen Vorstandsmitgliedern hieran erinnert worden, worauf sie verbrachen, zu beglaubigen was jedoch unterblieb. Endlich hat die Verwaltung sie dreimal hiesig an ihre Pflicht erinnert, doch auch dieses nutzte nichts. Die Verwaltung beantragte deshalb auf Grund § 18 b des Status den Abtschluß nachbenannter Mitglieder: Ewald Kühneler (Büch-Nr. 045924), Oswald Reinbold (045935), Wilhelm Just (068307), Hermann Rammel (01703), Franz Wörner (077687), Gottschall Pohlmann (077689), Albin Hanf (45400). Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Zum Schluß ernannte der Vorsitzende die Kollegen nochmals, daß kräftig mitzuwirken bei dem Ausbau der Organisation, stets eifrig zu agitieren und sich niemals abscheiden zu lassen, der Organisation angezuhören.

Am Sonntag, den 11. August, fand in Gelsenkirchen eine öffentliche Maurererversammlung statt. Dieselbe war von zirka 100 Maurern besucht. Als Referent war Kollege Kahl-Dortmund erschienen; er erklärte in ausführlicher Weise die Praxis und Nutzen der Organisation und betonte, daß es die höchste Zeit sei, sich derselben anzuschließen. Sodann erging Kollege Struckmann-Böhm das Wort. Er führt an, wie mangelfhaft es mit den Arbeiten auf den Bauten beschaffen sei, besgleichet es mit den Arbeiten, die auf den Bauten durch den Maurern selbst zu geschaffnen, da sie hauptsächlich hier im Schleiferivier der Organisation im Großen und Ganzen noch fehlen. Im Punkt "Berichtseinsatz" regte Kollege Kahl noch an, daß der Lohn pro Tag 40-50 & zurückgegangen sei und ermahne die Kollegen nochmals, sich zu organisieren und immer für den Verband zu agitieren. Nach Schluß der Versammlung ließen sich sechs Kollegen aufnehmen und zündeten sich an.

In Reichenbach i. Vogtl. fand am 10. August eine verhältnismäßig gut besuchte öffentliche Maurerversammlung statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: "Bericht der Delegirten von der Landeskonferenz in Leipzig", sprachen sich einige Kollegen darin aus, daß es für uns wohl gut sein wird, wenn wir dem Gau Leipzig angehören, weil bei uns eine schlechte Baukonjunktur ist und die Agitation etwas stärker betrieben werden muß, als vor einigen Jahren, wo es nicht an Arbeit mangelte. Damals hat sich die Kommission für den Agitationsbezirk Südwest sehr wenig um uns getummet, ja nicht einmal unserer Anforderungen Rechnung getragen, indem sie, als wir vor kurzem einen Referenten an einer Maurerveranstaltung haben wollten, uns denselben wohl zugesagt, aber nicht dafür sorgte, daß derselbe auch kam. Hierauf wurde der Vorsitzende (zweiter Vorsteher der Innungsstaatsaufsicht) beauftragt, den ersten Vorsteher zu erufen, eine Vorstandssitzung einzuberufen, damit wichtige Punkte Erledigung finden. Unter Anderem auch: Ob es den Mitgliedern der Innungsstaatsaufsicht der Bauarbeitermeister gestattet wird, bei vor kommenden Krankheitsfällen in der Familie den Arzt und die Medizin frei zu haben.

Mit dem zeitgemäßen Thema: "Wie stellen sich die Maurer zur Affordarbeit?" beschäftigte sich am 9. August eine öffentliche Maurerversammlung in Stuttgart. Die ungünstige Konjunktur und die verhältnismäßig schwache Organisation des Maurer haben dazu geführt, daß das Affordantensystem immer weiter einreißt. Namentlich sind es Leute von Plattenhardt und Rohr, die derselbe eine führende Rolle in den Arbeitsvereinen spielen, sich aber in Stuttgart nicht gentzen. Affordarbeiten werden von großtechnischen Unternehmen übernommen, und den Probst in die eigene Tasche zu schließen. Das ein derartiges doppeltes Ausbeutungssystem zur Verschlechterung der Lohns- und Arbeitsverhältnisse im Allgemeinen führen muß, liegt auf der Hand. Von Einhalten des zehnständigen Arbeitszeit keine Spur, Lohnzahlung nach Willkür der Affordanten (wenn überhaupt etwas zum Auszahlen da ist), Misshandlung aller Schwunzregeln, Untergräbung jeglicher Solidarität der Arbeiter unter sich, das sind die unausbleiblichen Folgen einer derartigen beutelstürmischen Arbeitsmethode. Sowohl der Referent, Kollege Thorwart, wie sämmtliche Diskussionsredner betrafen diesen Standpunkt. Einigimmt gelangte die Verhandlung zur Annahme folgender Resolution: Die am 9. August 1901 im Saale des Gewerbehauuses in Stuttgart tagende öffentliche Maurererversammlung erklärt einstimmig: Die Affordarbeit im Baugewerbe ist nur dazu angehängt, die Lohns- und Arbeitsverhältnisse herabzudrücken. Die Affordarbeit leistet den Unfallfall im Baugewerbe starken Vorwurf. Die Affordarbeit untergräbt die Solidarität der Arbeiter. Die Verhandlung verdonkt daher jegliche Affordarbeit im Maurergewerbe nach wie vor und hält jeden Affordarbeiter in Stuttgart für einen Verfechter an der Gesamtheit der Maurer. Bezuglich der Affordanten, die auswärtigen sozialdemokratischen Arbeitervereinen angehören, beauftragt die Versammlung den Vorstand des Stuttgarter Arbeitervereins, bei dem Landesvorstand der Sozialdemokratischen Partei dahin vorstellig zu werden, daß dieselben entweder auf die Affordarbeit oder auf die Mitgliedschaft der Partei verzichten."

Am Sonntag, den 11. August, fand in Werder die regelmäßige Mitgliederversammlung statt, welche ziemlich gut besucht war. Die Abrechnung vom zweiten Quartal wurde bestätigt und dem Kassier Decharge ertheilt. Sodann wurde beschlossen, daß sich arbeitslose Mitglieder wöchentlich einzutragen zu melden

haben. Meldestellen sind errichtet in Werder, beim Kollegen W. Sasse, in Glindorf beim Kollegen G. Müller, in Biesendorf beim Kollegen Alendorf, in Fehd beim Kollegen W. Ebel. Dem bereits seit einem halben Jahre freien Kollegen Gottlieb Neuenhof in Glindorf wurde eine Unterstützung von M. 20 aus der Volkskasse bewilligt.

Der Zweigverein Wolfenbüttel hielt am 10. d. M. seine regelmäßige, einigermaßen beachtliche Mitgliederversammlung ab. Beschllossen wurde, daß, wenn Sammelstellen auf den Bauten eingerichtet, jeder Kollege verpflichtet ist, einen Betrag zu zeichnen und zu bezahlen. Gegen Dienstleister, welche sich Dellen weigern, soll energisch vorgegangen werden. Da das Mitglied Gerlach sich weigerte, die Beiträge zu zahlen, so soll dem Unternehmer, bei dem er in Arbeit steht, die Mitteilung gemacht werden, daß die übrigen Geellen sich weigern mit Gerlach weiter zusammen zu arbeiten. Weiter wurde beschlossen, in der nächsten Mitgliederversammlung die Neuwahl der Lohnkommission vorzunehmen und sie mit der Ausarbeitung des nächsthängigen Tariffs zu beauftragen. Zum Schluß wurden den freikreisenden Glasnähern und den Nordhäuser Tafelarbeitern je M. 10 aus der Volkskasse bewilligt.

## Krankenkasse.

**Halle.** Die heilige Filiale der Zentralkrankenkasse der Maurer usw. "Gründstein zur Ehreheit" hielt am 28. Juli in der Moritzburg ihre Generalversammlung ab. Die Abrechnung vom zweiten Quartal ergab, inf. M. 131,67 Betrag vom ersten Quartal, M. 151,62 Einnahme und M. 121,36 Ausgabe. Bestand: M. 800,26. Mitgliederzahl 218. Die Sterbefälle hatte in der letzten Zeit eine Einnahme und Ausgabe von M. 88,25. Mitgliederzahl 45. Unter "Berichtseinsatz" wurde beschlossen, ein Krönungsabend zu veranstalten. Dasselbe findet Sonntag, den 25. August, von Nachmittag 4 Uhr an, auf der "Wilschule" in der Burgstraße statt. Möchten sich die Mitglieder recht zahlreich daran beteiligen.

## Vom Bau.

### Unfälle, Arbeitsschutz, Submissions etc.

**Berlin.** Einen Todesfall von einem Gerüst in einem Spreetunnel hat infolge eines Feuertrittes der 48 Jahre alten Zimmermann Richard Gräflein. Derselbe war seit acht Tagen mit der Ausbesserung eines Schuppens der Vereinigten Mörtelstraße, der an der Mühlendammstraße direkt an der Spree steht, beschäftigt. Auf einem ungefähr vier Meter hohen Gerüst arbeitend, sah er fehl und stürzte lippenschnell in einen direkt am Schuppen liegenden leeren Mörtelstohln hinab. Mit gebrochenem Schädel und mehreren Rippenbrüchen wurde der Verunglückte nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. Hier erfolgten die Verlegungen, und seine Leiche wurde auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft bestattet. Ein Bauunfall ereignete sich am 11. d. M. auf dem Bau des Baarenhauses Schulz in der Ravenstraße. Dort stürzte das Schloßer Gräflein von der dritten Etage ab, durchdrang das Schubdach und blieb schwerverletzt auf einem Steinhaufen liegen. Bestimmunglos wurde derselbe, der sich beide Arme gebrochen und eine schwere Körperverletzung zugezogen hatte, nach der Unfallstation in der Hindenburgstraße gebracht.

**Königsberg i. Pr.**, 16. August. Heute Vormittag starke das Gerüst an dem Ehrenfeldungsgebäude des Ostbahnhofs an verschiedenen Stellen ein. Drei Männer stießen die Lokomotivschleife; einer von ihnen wurde gelööst, zwei wurden verlegt. Ein hierfür Herausgezogener konnte sich an Balken festhalten, bis er gerettet wurde. Die Ursache des Einbruches ist noch nicht festgestellt. Die Eisenbahn-Verkehrsinspektion giebt über den Unfall nachfolgendes bekannt: Beim Angriff der Bahnstelle der Königlichen Ostbahnen starften heute Vormittag mehrere Männer aus einer Höhe von 12 m plötzlich dem Gerüst herab. Drei Männer fielen auf die Bahnstiege und trugen durch den Fall und das nachstürzende Gerüst mehr oder weniger schwere Verletzungen davon. Ein vierter Mann konnte sich im Fallen an einem Balken festhalten und wurde dadurch gerettet.

**Kemnitz**, 18. August. Wieder wurde ein junges Menschenleben durch einen Baumsturz vernichtet, der durch das Fehlen der alterthümlichsten Schutzausrüstungen herbeigeführt wurde. Auf der Bahnstelle von Schmiedeberg in der Molkenstraße stürzte der 24 Jahre alte Maurer Otto Döll aus Eberfeld aus der zweiten Etage in den Keller, dabei auf mehrere ältere Träger ausschlagend. Hierbei erlitt er mehrere Rippenbrüche und zog sich außerdem eine schwere Leberverletzung zu. Der Verunglückte wurde in's Krankenhaus gebracht, wo er am 15. August seinen schweren Verletzungen erlegen ist. Der Unfall wurde durch den Bruch eines Gerüstholzes herbeigeführt. Die Balkenlagen waren von oben bis unten offen, keine Spur von Abdeckung war zu entdecken. Wie es scheint, soll der Unternehmer kurz vor dem schweren Unfall ein polizeiliches Strafmandat über M. 80 erhalten haben, weil nicht genügend Holz am Bau war, trotzdem wurde aber kein Gerüstholz mehr angefahren. Es scheint fast, als ob in diesem Jahre Kemnitz die zweitgefährliche Jahr habe, wie unter den rheinischen Städten in Bezug auf Baumfälle mit an erster Stelle zu stehen. Neben einer Anzahl von schweren Verletzungen, wodurch die Betroffenen zeitlebens Invaliden bleibend, sind in diesem Jahre allein schon 5 Totestaffeln zu verzeichnen, welche auch alle durch die Totterei, wie sie auf den betr. Bahnstellen zu verzeichnen war, verhürtzt wurden. Es ist unbedingt notwendig, daß die Behörde endlich einmal den schauderhaften Zustand, wie sie sie gegenwärtig bestehen, ein Ende bereite. Trotz auf den meisten Bahnstellen befindet sich nicht darauf der vielen Unfälle können die Unternehmer sich nicht dazu entscheiden, die Bahnlage abzudichten. Stützt einmal ein solcher, die Bahnlage abzudichten zu lassen, so ist dies der Unternehmer, so erklärt er, wie auch bei dem jetzt gemeldeten Unfall direkt bis in den Keller. Bei solchen Zuständen ist es Pflicht, direkt bis in den Keller. Bei solchen Zuständen ist es Pflicht, die Bahnarbeiter, zur Befestigung dieser Missstände mehr zu tun, als es bis jetzt geschehen.

**Stuttgart**. Ein schwerer Baumfall hat sich am 8. d. M. in Gablenberg ereignet. Unserer Stuttgarter Parteiorgan sind darüber folgende Berichte zugegangen: Am 8. August, Nachmittags 2/4 Uhr, verunglückten drei Einmiserarbeiter, welche an der Aufstellung des Thuringerisches Domes beteiligt waren, schwer verletzt. Ein Querholz, welches mit Brettern belegt war, abbrach, und unter furchtbarem Krachen der Holzwässen, und drei Arbeiter mit den Krummen in die Tiefe stürzten, wobei

sie sämmtlich Wein- und Armbrüche davontrugen. Einer erlitt auch noch einen gefährlichen Schädelbruch und durfte kaum mit dem Leben davonkommen. Nach Anlegung eines Notverbandes wurden die Verunglückten mit zwei Sanitätswagen in das Karl-Olgahospital überführt. Hier die Schlußtritt, wird die sofort angestellte Untersuchung ergeben. Ein anderer Bericht lautet: Eine nette Illustration zu dem nach Unfall der Unternehmer vorhandenen Bauarbeiterabschüttelbretter der in Gablenberg mit honorigstem, weithin bekannten Gerüst erfolgte Einsturz des Thuringerisches am dortigen Kirchenbau, der vom Werkmeister Bernstorff ausgeführt wird. Drei der mit dem Aufbau des Gerüstes beschäftigten Zimmerleute stürzten vor der grauen Höhe mit den sie begleitenden Balten und Krummen herab. Von den zu Hilfe eilenden Mitarbeitern und Beamten wurden sie aus ihrer schrecklichen Lage befreit. Das Jammergeschrei der Verletzten, die mehrfache Brüderliche, schwerere Verletzungen und Kopfschwinden davontrugen, verursachte einen riesigen Menschenrauslauf, aus dessen Mitte man angefangt dieses dem heiligen Prost zu Liebe recht mangelhaft aufgeführten Gerüstes für den ausführenden Unternehmer leidenschaftsgeprägte Neuerungen hören konnte. Den Verletzten wurde im Rathaus der erste Verband angelegt. Die Stuttgarter Bauarbeiterkundgebung war mit einem photographischen Apparate schon auf Aufnahmen. Später traf auch eine Abordnung der Polizei ein, die leider zu spät, eine genaue Besichtigung der Unfallsstelle vornahm. Angezeigt dieses gräßlichen Unglücks ist die vor einiger Zeit seiner Arbeitern gegebene Antwort des Herrn Bernstorff, die Bauarbeiterkundgebung hat bei etwas Vertrüben bei etwas Vertrüben aufgezeigt. Brüder auf den Kopf zu hauen, reicht bezeichnend und spricht eindeutiglicher als jede andere Begründung für die Notwendigkeit einer durchgreifenden, von praktischen Arbeitern ausgeführten staatlichen Baukontrolle.

\* **Zum Bauarbeiterabschüttelbretter.** Aus Harburg wird uns geschrieben: Ich kann es nicht unterlassen, auf ein eigentliches Elektrum hinzuzweisen, welches mir an Sonnabend, den 1. August, passiert ist. Auf einem in Eichenhorst bei Harburg gelegenen Bau kam am genannten Tage ein Herr, welcher sich als Bautechniker der Hannoverschen Bauarbeiter-Berufsgenossenschaft vorstellt.

Nachdem er seine Kontrolle beendet hatte, überwarf er mich mit der Frage: "Ihre Bauten werden hier auch von den Arbeitnehmern kontrolliert?" (Gemeint ist die heilige Bauarbeiterkundgebung.) Als ich dies selbstverständlich bejahte, lautete die Erwidnung: "Und das lassen sich doch nicht allein, ich liege es mit nicht gefallen." Darauf antwortete ich diesem Herrn, daß die Kommission von den gesammelten, die Bauarbeiter beschäftigten Arbeitern ergestellt sei und die Mehrzahl der bietigen Unternehmer erstaunlicherweise nicht auf seinem Standpunkt stände; ich fragte ihm ferner, daß durch die Tätigkeit der Kommission schon vielen Nebelständen abgeholfen wäre, ja, daß die Berufsgenossenschaft uns geradezu zu Dank verpflichtet sei. Denn wenn wir durch unsere Kontrolle Unfälle verhindern, so habe doch die Berufsgenossenschaft keinen geringen Nutzen davon. "Wenn Sie als Arbeiter, Nebelständen auf Ihrem Bau vorfinden, vielleicht schlechtes Gerät, so können Sie ja dem Unternehmer das mitteilen und geben dort einfach nicht drauf, kontrollieren könnte ja schließlich jeder", meinte darauf der famous Kontrolleur. Hierauf habe ich ihm gesagt, daß er von jüngsten Sachen keine Ahnung hätte, oder aber nicht wissen wolle, wie im jüngsten Falle die Unternehmer die Hungerpettole schwingen. Schließlich gab er mir recht, bemerkte aber dabei: "Sie haben ja auch eine Polizei." Diese habe ich dem Herrn dann gleich mit ein paar Beispiele illustriert.

Vor längerer Zeit passierte hier am Orte ein Unfall mit tödlichem Ausgang. Der Unfall wurde herbeigeführt durch einen Menschenbruch. Es wurde ja nun auch von der Bahnpolizei in der Person des Oberschärmers das Gerüst bestätigt. Raum hatte er hingesehen, so erlöste auch schon der Konsul aus seinem Munde: "Wie können Sie aber auch solch schwache Menschen bewerben?" Und was hatte der Mann geschehen? Die Aburteilung des Gerüsts!

Der zweite Fall ist ein ähnlicher. Ein Unternehmer wurde angezeigt, weil die Stellerbalzenlage nicht abgedeckt war. Der Oberschärmeter kommt ein paar Tage später, um nachzusehen, ob die betreffende Bahnlage bereits abgedeckt sei. Bei dieser Gelegenheit sieht er den ganzen Bau nach und merkt, daß zwei höchstens 24 Centimeter auseinander liegende Wandbalzen nicht abgedeckt sind. Das Treppenhaus war aber von unten bis oben nicht abgedeckt; auch war es an seiner Stelle mit einer Einfriedung versehen. Das hat der Herr aber nicht gesehen.

Diese beiden Fälle sprechen für sich selbst. Mein Kontrolleur zieht denn auch mit den Arbeitern und verabschiedet sich auf's höflichste. Ich bringe diesen Fall in die Öffentlichkeit, um wiederum die Bauarbeiterkundgebung zu ermahnen, um nicht zwischen Sachen keine Ahnung zu haben, oder aber nicht wissen zu wollen, wie im jüngsten Falle die Unternehmer die Hungerpettole schwingen. Schließlich gab er mir recht, bemerkte aber dabei: "Sie haben ja auch einen Haushalt." Diese habe ich dem Herrn dann gleich mit ein paar Beispiele illustriert.

Den dritten Fall ist ein ähnlicher. Ein Unternehmer wurde angezeigt, weil die Stellerbalzenlage nicht abgedeckt war. Der Oberschärmeter kommt ein paar Tage später, um nachzusehen, ob die betreffende Bahnlage bereits abgedeckt sei. Bei dieser Gelegenheit sieht er den ganzen Bau nach und merkt, daß zwei höchstens 24 Centimeter auseinander liegende Wandbalzen nicht abgedeckt sind. Das Treppenhaus war aber von unten bis oben nicht abgedeckt; auch war es an seiner Stelle mit einer Einfriedung versehen. Das hat der Herr aber nicht gesehen.

Diese beiden Fälle sprechen für sich selbst. Mein Kontrolleur zieht denn auch mit den Arbeitern und verabschiedet sich auf's höflichste. Ich bringe diesen Fall in die Öffentlichkeit, um wiederum die Bauarbeiterkundgebung zu ermahnen, um nicht zwischen Sachen keine Ahnung zu haben, oder aber nicht wissen zu wollen, wie im jüngsten Falle die Unternehmer die Hungerpettole schwingen. Schließlich gab er mir recht, bemerkte aber dabei: "Sie haben ja auch einen Haushalt."

Den letzten diesbezüglichen Fall ist ein ähnlicher. Ein Unternehmer wurde angezeigt, weil die Stellerbalzenlage nicht abgedeckt war. Der Oberschärmeter kommt ein paar Tage später, um nachzusehen, ob die betreffende Bahnlage bereits abgedeckt sei. Bei dieser Gelegenheit sieht er den ganzen Bau nach und merkt, daß zwei höchstens 24 Centimeter auseinander liegende Wandbalzen nicht abgedeckt sind. Das Treppenhaus war aber von unten bis oben nicht abgedeckt; auch war es an seiner Stelle mit einer Einfriedung versehen. Das hat der Herr aber nicht gesehen. Ein schwerer Baumfall hat sich am 8. d. M. in Gablenberg ereignet. Unserer Stuttgarter Parteiorgan sind darüber folgende Berichte zugegangen: Am 8. August, Nachmittags 2/4 Uhr, verunglückten drei Einmiserarbeiter, welche an der Aufstellung des Thuringerisches Domes beteiligt waren, schwer verletzt. Ein Querholz, welches mit Brettern belegt war, abbrach, und unter furchtbarem Krachen der Holzwässen, und drei Arbeiter mit den Krummen in die Tiefe stürzten, wobei

Regierung allen Anlaß, in dieser für unter gesamtheitlich Wirtschaftsleben wichtigen Frage ihren Vertreter unzweideutig richtig zu stellen. Der Stuttgart-er erachtet sich nämlich noch über die Streitklausel hinaus und verlangt, daß dieselbe Fristverlängerung stattfinden solle, wenn „vom der Gesamtheit der Arbeitgeber für notwendig angemahnt“ Aussperrung vorliegt. Mit anderen Worten: wenn eine Behörde mit einem privaten Unternehmen einen Bauvertrag abgeschlossen und für die Fertigstellung einer bestimmte Frist verabredet hat, so sollen die Arbeitgeber, wenn sie nur unter sich einig sind, jederzeit das Recht haben, die Arbeiter auszusperren und damit eine Fristverlängerung und Freiheit von Vertragsstrafen herbeizuführen. Aber selbst wenn diese zweite, geradezu ungeheuerliche Forderung geftiekt würde, so würde ja diese zweite Streitklausel im engeren Sinne für Behörden wie für private unannehmbar sein. Die Beschränkung auf allgemeine Arbeitsentstehungen hat den Schein der Mäßigung für sich, indem man sich begnügt, die Fristverlängerung nur für den Fall zu verlangen, wo alle Arbeiter (nicht bloß die eines einzelnen Unternehmens) in den Streit treten. In Wahrheit ist das Gegenteil der Fall. Eine solche Bestimmung würde für die Unternehmer geradezu eine Prämie darauf sezen, einen Streit, der partiell begonnen hat, zu einem allgemeinen zu machen. Es würde, wenn es unter den Arbeitgebern eine komplizierte und eine friedfertige Partei gäbe, die leichter schwächen und die stärkere stützen. Sollte es in Stuttgart unbekannt sein, daß selbst die preußische Regierung ihrem Bauarbeiterverbund erklärt hat, daß sie sich an solchen Klauseln nicht heransetzen kann?

\* Zum Substitutionsschein. Zur Ausführung von Erd-Maurer-, Steinbauer- und Pfleißerarbeiten zum Neubau einer 16klassigen Volksschule in Kahl wurden nach der "Baugewerkszeitung" folgende Osterien angegeben: R. Zimmer (Kahl) M. 52 908,20, Chr. Weidach (Königsl.) 56 555,50, Serb. Schmitz (Königsl.) **94 962**, L. Bichard (Königsl.) 54 498,70, L. Vogt (Mülheim a. Rhein) **51 595,30**, F. Kortlang Söhne (Mülheim a. Rhein) 56 207, Peter Josef Nachfolger (Mülheim a. Rhein) **51 783**.

Die Herstellung von Steinmetzarbeiten für den Erweiterungsbau einer Villa in Barmer wollen nach der selben Quelle folgende Preise übernehmen: 2. Stoof (Barmer) M. 5528,48, F. Linber (Barmer) 6682,06, Spindler & Cie. (Königswinter) **7104,48**, S. Giese (Kassel) **4649,10**, Mittler & Cie. (Cöln) 4888,88, L. Conradi (Barmer) 5801,56, C. Schulz (Barmer) 6188,68, C. Beck (Barmer) 6482,33, G. Eigelmauer (Elberfeld) Gesamtsumme schätzte.

\* Die Bauthätigkeit in Dresden, die schon im vergangenen Jahre ganz erheblich nachgelassen, ist in diesem Jahre noch weiter zurückgegangen. Das ergiebt sich auch deutlich aus einer im Monatsberichte des Statistischen Amtes für Juni veröffentlichten Übersicht über die am 30. Juni 1901 im Bau befindlichen Wohnhäuser und anderen größeren Bauleichten im Vergleich mit den denselben Angaben für den 30. Juni 1900. Darnach waren am lebigenen Tage 268 Wohnhäuser, 24 Seiten- und Hintergebäude zu Wohnzwecken und 17 Gebäude zu gewerblichen Zwecken, am 30. Juni des laufenden Jahres dagegen, nur 188 Wohnhäuser, 6 Seiten- und Hintergebäude und 9 Gebäude zu gewerblichen Zwecken im Bau begriffen. Doch vertheilt sich dieser Rückgang keinwegs gleichmäßig auf alle Stadttheile. Hauptähnlich sind davon betroffen die Leipziger Vorstadt, wo die Zahl der im Bau begriffenen Wohnhäuser von 51 auf 17, und Briesen und Trachenberge, wo sie von 60 auf 28 gefunnen ist, wohingegen in den südlichen und östlichen Vorstädten in diesem Jahre sogar noch mehr gebaut wird als im Vorjahr. Die Zahl der genehmigten Neubauten von Wohnhäusern betrug in Dresden im ersten Halbjahr 1899 215, 1900 183 und 1901 116, im ersten Halbjahr 1901 also fast nur noch halb so viel wie im ersten Halbjahr 1899.

wie im ersten Halbjahr 1899.  
Das sind wahrhaftig trübe Aussichten für die Bauarbeiter, die schon so schlechte Zeiten im vorigen Jahre durchgemacht haben.

---

## Gewerbeaufsicht und Arbeiterschaft.

Obwohl die Gewerbeaufsicht im Deutschen Reich innehmend auf ein dreißigjähriges Bestehen zurückblicken kann, hat sie sich doch bei Weitem noch nicht in einer ihrer wichtigsten Zwecken entsprechenden Weise entwickelt. Allerdings hat sie im Laufe des letzten Jahrzehnts eine gewisse Ausdehnung erfahren. Ursprünglich auf Fabrikbetriebe beschränkt, sind ihr auch die Güterbahnen, Bimmerplätze und Bahnhöfe, Werften, Ziegelerien, Brüche und Gruben, Bergwerke und Werkstätten mit elementarer Triebkraft unterworfen worden. Wie aber steht es mit der Masse der Handwerksbetriebe, vor Allem der Bauarbeiterbetriebe? Man hat sich immer noch nicht entschließen können, auch sie in den Kreis der noch Machtgabe der Gewerbeordnung durch besondere Beanteil auszuübende Beaufsichtigung einzubeziehen. Und doch ist ihre Beaufsichtigung in Rücksicht auf wichtige Interessen, der in diesen Betrieben beschäftigter Arbeiter nicht minder, ja bischlich in noch höherem Grade geboten, als die der Fabriken und der sonstigen oben erwähnten Betriebe.

Was speziell die Baubetriebe betrifft, so läßt in ihnen die zum Schutz der Arbeiter gegen Gefahr für Gesundheit und Leben zu übende Kontrolle fast überall im Reiche Alles zu wünschen übrig. Weder die von der Polizei organen, noch die von den Organen der Baugewerbe-Verwaltungsgesellschaften geübte Aufsicht kann erfahrungsgemäß eine auch nur annähernd ausreichende erbringen; sie ist eine durchaus mangelhafte, ja vielfach nur den Namen nach bestehende. Sicherlich würde es nicht wohlgeladen sein, die Bauteilkontrolle den Gewerbeaufsichtsbeamten mit zu übertragen. Die Eigenartigkeit des Baubetriebes mit seinen besonderen Gefahren erfordert spezielle Verhaf-  
tung, eine separate Kontrolle, die zugleich auch eine regelmäßige sein muß. Mit Recht hat man für den Bergbau, entsprechend der Eigenartigkeit seines Betriebes und dessen Gefährlichkeit, eine Spezialaufsicht eingeführt. Für eine solche sind auch im Bauwesen alle Bedingungen gegeben. Man könnte sie der allgemeinen Gewerbeaufsicht, als besonderen Zweig derselben, organisch an-  
gliedern. Dabei aber müßte die Fortdauer der Bauarbeiterkraft, an der Kontrolle gebeteiligt und beteiligt zu werden, ihre Erfüllung finden — ein Punkt, über den wir ja schon so oft uns eingeschend gedacht haben.

Wie ungünstig der Organismus der allgemeinen Gewerbeaufsicht (sowohl von einer solchen die Reife sein kann) steht noch da, ist ersichtlich aus der Thatfrage, daß die Kontrolle sich immer nur auf den kleineren Theil der revisionstümlichen Betriebe erstrecken kann. Nach den jüchen erschienenen Jahressberichten der preußischen Gewerbeaufsicht für 1900 unterstanden in Preußen 182 201 Betriebe mit 2 469 974 Arbeitern der Aufsicht. Nebenbei wurden darüber nur 50 510 Anlagen. Es waren das vorwiegend die größeren und größten Betriebe, wie sie aus dem Umfange ergibt, daß in diesen 50 510 Anlagen (39 v.P.) 1849 992 Arbeiter (76 v.P.) beschäftigt waren. Von den 50 510 neubewirtschafteten Betrieben sind im Berichtsjahre nur 7891 zweimal und 3804 dreimal einer Revision unterzogen worden.

Diese ungünstige Beaufsichtigung ist darauf zurückzuführen, daß die Zahl der Beamten zu gering ist. Dieser Mangel an Gewerbeaufsichtsbeamten läßt erkennen, daß es gegen Zuhilfe der Gewerbeaufsicht immer noch ein-

daß das ganze Institut der Gewerbeaufsicht immer noch eine geradezu unvergleichliche Bewandlung seitens der öffentlichen Gewalten erfahren. An Steuer- und Polizeibeamten, an Unteroffizieren etc. ist niemals Mangel; aber die durch hohe Kulturstufen erforderte Ausgestaltung der Gewerbeaufsicht hat man kein Geld. Wie an Volksschulekreis für die Erziehung her Kinder des arbeitenden Volkes, und wie an Fortbildungsschulen für die Arbeiterschaft, so fehlt es auch an Beamten zum Schutz der Arbeiter gegen Betriebsgefahren. Das ist sehr traurig!

aufficht fast durchweg eine unbefriedigende. Nach der Absicht des Gesetzgebers für Wahrung berechtigter Arbeiters

interessen gegenüber dem Unternehmen ihm hatte diese Initiative von vorneherein nicht nur mit der Antipathie der Arbeitgeber, sondern auch mit dem Misstrauen der Arbeiterschaft zu rechnen. Die Arbeitgeber empfanden die Tätigkeit der Aufsichtsbeamten als einen "Eingriff in ihre Selbstständigkeit und Autorität". Die Mehrzahl dieser Beamten aber war bemüht, sich das Wohnwollen der Arbeitgeber dadurch zu erwerben, daß sie sich als Bundesgenossen und Vertheidiger des Arbeitsherrenums gegenüber der Arbeiterschaft gerieten. Wir könnten aus den seit dreißig Jahren erschienenen Berichten der Aufsichtsbeamten Hunderte von Ausschreibungen zitieren, die in gehässigster Weise gegen die Arbeiter, ihre gewerkschaftliche Organisation und deren Bestrebungen stachen, während die Arbeitgeber partisch herausgestrichen werden, nach allen Richtungen dieser bedeutenden Kunst. Die Arbeitgeber sind die "Benevolenten", die "Gerechten", die "Wohlbewohner", die sehr "Würdigen" trafen können und es "immer nur gut mit den Arbeitern meinen". Die Arbeiter aber sind die schlecht "Arbeitenden", die "Verhehlten", "Ungerechten" und "Unvernünftigen", die es darauf abgesehen haben, mit den Unternehmen nicht im Frieden zu leben". Ja, es ist vorgekommen, daß Arbeiter, die sich mit Klagen über Mißstände im Betriebe an die Aufsichtsbeamten wendeten, von diesen den betreffenden Unternehmen benutzt worden sind, was gewöhnlich ihre Maßregelung zur Folge hatte.

Kein Wunder, daß die Arbeiterschaft den Aufsichtsbeamten mit Misstrauen gegenübertrat. In jedem der Jahresberichte werden darüber lebhafte Klagen geführt. Auch in den meisten Berichten der preußischen Gewerberäthe lehren diese Klagen wieder.

Es ist zuugeben, daß die berechtigten Gründe für das Misstrauen der Arbeiter heute nicht mehr in dem Maße vorhanden sind, als früher. Im Laufe der letzten Jahre ist ein Theil der Aufsichtsbeamten, erfüllt von wirtschaftlicher und sozialpolitischer Einheit, ehrlich bemüht gewesen, zu guten Beziehungen zu der Arbeiterschaft zu gelangen, deren Vertrauen zu erneuern. Und nicht ohne Erfolg! Dieser Erfolg ist in sehr erheblichem Maße der Mitwirkung der Arbeitersorganisation zu verdanken, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, Beschwerden der Arbeiter an die Aufsichtsbeamten aufzumerken.

Der größere Theil der Aufsichtsbeamten allerdings will von dieser Mithörung der Arbeiterorganisation noch nichts wissen, wie es denn überhaupt leider noch nicht dazu gelangt ist, diese Organisation und ihre Bestrebungen gerecht zu urtheilen. Auch in den neuesten Berichten der preußischen Gewerberäthe werden wieder stützlich sehr ungerechte Urtheile gefällt. Um so wohlhabender ist es, auch auf Ärgerlichkeit der Arbeiterorganisation und ihrer Thätigkeit, zweitens auch sowiet diese Thätigkeit auf Aufstellung von Missständen in Betrieben gerichtet ist, zu stoßen. Den Aufsichtsbeamten wird durch die vermittelte Thätigkeit der Organe der Arbeiterschaft ihre Aufgabe sehr erleichtert, zumal diese Organe die eingehenden Beschwerden erst prüfen und nur die begründeten weiter geben. Unter diesem Gesichtspunkte erachtet der Aufsichtsbeamte für den Bezirk Düsseldorf die vermehrte Fühlung mit der Arbeiterorganisation als eine

Bir sind überzeugt, daß die Mitwirkung der Arbeitersorganisation in allen Fragen des durch Betriebsaufsicht zu gewährenden Arbeiterschutzes sich immer mehr ausgestalten muß. Wir sagen nun, denn die Mitwirkung ist eine der selbstverständlichen Aufgaben der Arbeitersorganisation; sie ist viel selbstverständlicher, als Mänder zugeben will. Und in absehbarer Zeit wird es darum kommen müssen, daß Betriebsaufsicht der Arbeiterschaft mit amtlichem Charakter an der Betriebsrevision überhaupt befähigt werden.

Aus anderen Berufen.

\* In Nordamerika ist ein Riesenstreik der Stahlarbeiter in den zum Trust der Stahlwerke gehörigen Betrieben ausgebrochen, der seine Ursache in der Verweigerung der Anerkennung der Organisation der Arbeiter, der Amalgamated Association of Iron, Steel and Tin Workers, hat. Der Kampf ist auf den großen Carnegie-Stahl in Homestead ausgelöst, auf dem der Betrieb der Begründung einer Union in diesen Werken im Gefolge hatte. Dieses Verbot aufzuheben und allen Arbeitern die Union freizugeben, verweigerte der Trust, nachdem er schon über die künftigen Arbeitsbedingungen mit der Association verhandelt hatte, einen Beweis, daß es für ihn auf einem Machtkampf ankam. Die Gemeinschaft nahm den Kampf auf, und es traten zunächst die 75 000 Arbeiter auf, die am Carnegie-Stahl arbeiten.

ter Welt in Russland. Der Streit wird von Mr. Shaffer, einem ehemalig gewählten Vorsteher der Association, geleitet. Vermittelungsversuche seitens Vertreter der Staatsbehörden und bisher ergebnislos geblieben. Das Exekutivkomitee der Vereinigten Staaten steht mit, daß es die Angefehlten weitesten Schritte zum Ausglanz auf den Stahlarbeiterstreit veranlassen werde. Die Gesamtzahl der Streitenden wurde sich alsdann auf 165 000 belauft. Beiliniute Nachrichten, die dieser Streit in dem angegebenen Umfange eingetreten ist, liegen noch nicht vor, wohl meldet aber eine Depesche, daß am Sonnabend, den 10. August, der Streit seine Wirkung nicht erschleife. Denn bei Eröffnung der Börse fliehen kleine Spekulanter in der Befürchtung, daß es Montag eine schlimme Bindung im Stahlarbeiterstreit eintrete. Home, ihre Hoffnungen ab, worauf allgemeiner Kärtztag folgte. Wenn sich am Sonnabend die Kurze nicht zu halten waren, dann wird es noch schlimmer werden, wenn der Streit in Birmingham ist.

## Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

\* Eine wichtige Entscheidung fällt hierlich das Gewerbege richt in Leipzig. Der Sachverhalt war kurz folgender. Der Maurer B. klage gegen den Baumeister C. in Linz am 4. 2. 50 Lohn. Das Arbeitsverhältnis stand beiderseits laut Vereinbarung ohne Kündigung gelöst werden. Der Kläger mache aber geltend, daß das Arbeitsverhältnis nur nach Schluss der Tagesarbeit von beiden Seiten gelöst werden könne, indem der Tag als Einheit zu betrachten sei. Infolge dessen dürfte die Entlohnung nicht mittein in der Arbeitszeit geschehen. Der Kläger wurde mit seiner Klage abgewiesen. In der Begründung des Urteils heißt es: Das Gewerbege richt hat der Aufstellung des Klägers, die auch vom Gewerbege richt Berlin getheilt wird, daß der Arbeitstag als Einheit aufzufassen sei und daher bei der vertragsgemäßigen Abrede des Ausflusses eine Kündigungsfrist nur nach Beendigung der Tagesarbeit die Auflösung des Arbeitsverhältnisses erfolgen darf, nicht betreten können. Es hat vielmehr der Anfahrt des Beflagten beipflichten müssen, daß es im Sinne der Parteien, die die erwähnte Abrede getroffen haben, gelegen habe, die Lösbarkeit des Arbeitsverhältnisses jederzeit herbeiführen zu können.

Wie von dem Fachverständigen Besitzer H. ausgeführt worden ist, ist im Maurerbetriebe überhaupt nie eine andere Aufzufassung, als Tage getreten. Es würde auch eine große Härte bedeuten, wenn beispielsweise ein Maurermeister mit 50 Arbeitern gezwungen wäre, diejenigen nach einstündigter Arbeit den ganzen Tagelohn zu zahlen, also nachdem sie eine Stunde gearbeitet hätten und alsdann durch eintretenden Negen an der Weiterarbeit verhindert gewesen wären. Gerade um solche unerträgliche Härten zu befreiten, pflegt man im Baugewerbe so ziemlich allgemein den Ausschluß der Kündigungsfrist zu vereinbaren. — Durch dieses Urteil des hiesiger Gewerbegebiets hat eine neue Aufzufassung in der gewerblichen Rechtsprechung Boden gesetzt. Den Arbeitern muß daher, damit sie bei Beleidigung der den Unternehmen auferlegten „unerträglichen Härten“ nicht selbst die Geschädigten sind, die größte Vorsicht beim Abschluß von Arbeitsverträgen nahegelegt werden.

\* **Kapitalzahlung als Abfindung von Unfallverletzten.** Der § 90 Absatz 1 des neuen Gewerbe- und Unfallversicherungsgesetzes, wonach solche Unfallverletzte, die für ihren Schaden eine Menge von 15 oder weniger Prozent beziehen, vor der Berufsgenossenschaft durch eine entsprechende Kapitalzahlung abgefunden werden können, scheint noch nicht genügend in Arbeitstreiben bekannt zu sein. Die Berleger haben hierbei nur nötig, die Abfindung ihres Anspruches bei der Berufsgenossenschaft schriftlich zu beantragen, worauf sie dann das weitere über die Höhe des Kapitals u. w. erfahren werden. Die Feststellung der Abfindung geschieht durch einen Bescheid und der Antrag kann bis zur Verkündigung der Schiedsgerichtsentscheidung wieder zurückgezogen werden. Auf alle Fälle werden mitunter Rentenempfänger den Empfang einer einmaligen größeren Summe zu beliebiger Verwendung einer allmonatlichen beginnenden vierjährlichen Erhebung der kleinen Rentenbeträgen veranlaßt.

## Die Wahl der Vertreter der Arbeiter im Reichsversicherungsamt.

Die ursprünglich für den 16. September d. J. in Aussicht genommenen Wahlen der Vertreter der Arbeiter im Reichsversicherungsamt finden bereits in diesen Tagen statt. Das Mandat der jetzigen Vertreter läuft mit dem 31. Dezember d. J. ab.  
Zu wählen sind von den Versicherungen:

**Für die Gewerbe:** Zwei nichtständige Mitglieder und  
48 Stellvertreter.

Für die Landwirtschaft: Zwei nichtständige  
Mitglieder und 48 Stellvertreter:  
Für den Seemannsberuf: Zwei nichtständige

Die Wahlen sind von den Beisitzern der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung zu vollziehen, und

berthe für Arbeiterversicherung zu zuliefern, und zwar wählen die Bevölkerung für Gewerbe, für Landwirtschaft und für den Seemannsbereich die respektiven Vertreter getrennt. Die Stimmen der Bevölkerung werden nicht einfach gezählt, sondern entsprechen der Zahl der Versicherten im Bezirk der Landesversicherungsanstalt. Die Versicherungsanstalt Berlin hat 3.345 644 Versicherte und 45 Schiedsgerichtsbevölker. Es entfallen somit auf jeden Bevölkerer dieser Anstalt 10.058 Stimmen. Die Landesversicherungsanstalt Thüringen zählt 298 938 Versicherte und hat in den dreizehn Schiedsgerichten 286 Bevölker, so daß jeder Bevölker 1084 Stimmen hat.

Das Reichsversicherungsamt verkennt die Stimme nicht an, die Bevölkerung der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung. Diese habe den Namen Dergenjien, welches sie wählen wollen, in den amtlichen Stimmeinzett eingetragen und diejenigen in dem beigelegten Koubert Stimmeinzett einfügen, um wieder zugunsten der Wahlhandlung sich zu äußern. Die Wahlhandlung soll sich zwar auf einen längeren Zeitraum (etwa 4 Wochen) erstrecken; jedoch ist es wichtig, daß die Stimmeinzett unterblieben ist aufgeführt und am 20. Mai 1919 vorvernommen, nicht aber ausgeführt, weiterher

Unter den gewerkschaftlich organisierten Beisemern der Schiedsgerichte, sowie unter den Vertretern der Gewerkschaften haben Verhandlungen über geeignete Kandidaten für das Amt eines Vertreters im Reichsversicherungsaamt stattgefunden und sind die folgenden Kandidatenselsten aufgestellt:

a) Für die Versicherungen im den Gewerben:

Als erstes nichtständiges Mitglied:  
Karl Gutheit, Schlosser, Berlin, Wiesenstr. 27.

Als Stellvertreter:

1. August Dachne, Maurer, Berlin, Pfugstr. 17.
2. Wilhelm Goethen, Eisenbahnarbeiter, Düsseldorf, Hülfstraße 156.
3. Hermann Brosig, Tischler, Breslau, Sonnenstr. 26.
4. Konrad Wendler, Buchdrucker, Stuttgart, Militärstraße 56.

5. Georg Seitz, Dreher, München, Ganghoferstr. 15.
6. Eugen Simanowski, Maurer, Berlin, Hochstr. 46.
7. Richard Jacob, Tischler, Gersdorf, Zwidau 148.
8. Ferdinand Kiel, Böttcher, Hannover, Freienstr. 41.
9. Ernst Brinck, Knappfacharbeiter, Oberhausen, Körnerstraße.

10. E. Sellin, Zimmerer, Danzig, Al. Wädgasse 6.
11. Heinrich Bürger, Buchhalter, Hamburg, Boltmannstraße 24.
12. Otto Müller, Buchdrucker, Frankfurt a. d. O., Sonnenburgerstr. 59.
13. Heinrich Erdmann, Zimmerer, Schwerin i. M., Hintenhof 12.

14. A. Perren, Schlosser, Königsberg i. Pr., Neurohgartenstrasse 8.
15. E. Podapp, Bäuer, Weissenbach, Berlin, Wörthstraße 18.
16. Johann Blah, Malermacher, Karlsruhe, Adlerstr. 34.
17. Hermann Adolf, Lithograph, Nürnberg, Richard-Wagnerstr. 6.

18. Georg Häßig, Formier, Stettin-Bredow, Gustav-Adolfstr. 6.
19. Wilhelm Lucke, Weber, Neugersdorf, Kreishauptmannschaft Bautzen.
20. Louis Jacobsohn, Maler, Berlin, Gürtelstr. 32.
21. Karl Bamberger, Justiziar, Köln, Alte Wallstraße 43.
22. Julius Weise, Mechaniker, Breslau, Mathiasstr. 10.
23. Karl Reuter, Tischler, Ohligs b. Solingen, Haßhoferstraße.

24. Wilhelm Dammer, Dresdner, Lübeck, Alstr. 27.

Als zweites nichtständiges Mitglied:

Julius Gräfendorf, Löpser, Dresden-Trachau, Leipzigstr. 20.

Als Stellvertreter:

1. Friedrich Stügelmaier, Tischler, Berlin, Grimmstr. 27.
2. Karl Reitert, Formier, Hanau, Pfälzerstr. 4a.
3. Albin Winter, Zigarrensortierer, Magdeburg, Johannisbergstr. 14.

4. Robert Strunke, Schmied, Chemnitz, Sonnenstr. 50.
5. Otto Niedel, Buchdrucker, Leipzig-Sellerhausen, Görlitzerstr. 22.

6. Hermann Böttcher, Weber, Gera, Kallisstr. 16.
7. E. Lewin, Zimmerer, Kiel, Jungmannstr. 68.
8. Karl Deininger, Tischler, München, Sieboldstr. 17, 8. Et.
9. Johann Merkel, Maurer, Nürnberg, Ostdreieck 11.
10. J. Götschel, Bergmann, Haslach am Oberhauen.

11. Johann Zelich, Fabrikarbeiter, Mainz, Stephanstr. 1/2.
12. Paul Leichorn, Goldarbeiter, Pforzheim, Ober-Aue 14.

13. Christian Hill, Zimmerer, Eisenach, Ehrensteig 72.
14. Bernhard Bückeler, Berlin, Blumenstr. 61.
15. August Melkum, Goldarbeiter, Hanau, Schützenstraße.
16. August Röslau, Maurer, Braunschweig, Weststr. 58.
17. Rudolf Strecke, Mechaniker, Leipzig-Connewitz, Langestraße 5.

18. G. Böttcher, Zimmerer, Hamburg, Schwammlstr. 88.
19. Wilhelm Templer, Steinbrucker, Frankfurt am Main, im Gewerkschaftshaus.
20. Franz Mohr, Transportgewerbe-Arbeiter, Rigdorf, Wiesmannstr. 10.

21. Karl Haushilf, Steinseker, Neu-Weissenfels, Friedrichstraße 12.
22. Johann Peter Garings, Buchdrucker, Trier, Deutschestraße 26.
23. Max Richter, Formier, Chemnitz, Oststr. 2.
24. Kutz, Notarbeiter, Neu-Ulm, bei Julius Göppinger, Ledersfabrik.

b) Für die Versicherungen in der Landwirtschaft:

Als erstes nichtständiges Mitglied:

Joseph Mothes, Fleischwärter, Marienberg bei Berlin.

Als Stellvertreter:

1. Christian Bleich, Holzhauer in Neuenbürg (Württemberg).
2. Anton Bruns, Landarbeiter in Barel.
3. Hermann Richter, Landarbeiter in Bückendorf bei Bittau.

4. Gebach, Arbeiter in Corbach in Waldeck.
5. Theodor Wenghausen, Hofmeister in Weimar, Friedensstraße 19.

6. Heinrich Platt, Knecht beim Landwirt Troch, Gießen, Heuchelheimerstraße.
7. Albert Kleinenberg, Landarbeiter in Broihen, Braunschweig.

8. Heinrich Winkler, Heuerling in Achmer, Kreis Bersenbrück.
9. Ernst Schuster, Landarbeiter in Rosenheim, Bezirk Bautzen.

10. Paul Kirch, Vorarbeiter in München, Landsbergerstraße 140/0.
11. Franz Anton Leibnitz, Waldarbeiter in Eibensdorf.
12. Friedrich Klemm, Weinbergarbeiter in Stuttgart-Karlsvorstadt, Taubenstraße.

13. Franz Oswald Weber, Gärtner, Friesen, Bezirk Zwiesel.
14. Heinrich Deppe, Forstarbeiter in Uelzen, Gr. Lindenstraße 20.

15. Wilhelm Schwarzen, Landarbeiter in Riddagshausen (Braunschweig).
16. Theodor Neef, Gärtner in Vilbel in Hessen.

17. Johann Regel, Waldarbeiter in Speyer, Grüne Winkel.
18. Ernst Ulrich, Landarbeiter in Wendisch-Cunnersdorf.

19. August Klüssendorf, Gärtner in Hamburg, Alsterdorferstr. 50.

20. Wilhelm Jansen, Landarbeiter in Strelitz bei Barel.

21. August Köhlner, Arbeiter in Weimar, Brühl 24.

22. Alfons Klein, Gärtner in Ruprechtshain bei Straßburg.

23. Wilhelm Rogatz, Landarbeiter in Klein-Reinekenhof, Kreis Randow.

24. Heinrich Büttnermann, Fuhrerichter in Langelsheim (Braunschweig).

Als zweites nichtständiges Mitglied:

Joseph Lutz, Holzauarbeiter, Niefern bei Pforzheim.

Als Stellvertreter:

1. Friedrich Ludwig, Fleischwärter in Marienberg bei Berlin.

2. Heinrich Bause, Fuhrerichter in Langelsheim (Braunschweig).

3. Karl Weißner, Landarbeiter in Kloster bei Dresden.

4. Adolf Dör, Landarbeiter in Rödental (Hessen).

5. Christian Rieke, Arbeiter in Magdeburg, Immermannstr. 7.

6. Friedrich Vornemann, Kutscher in Göttingen, Lange Heimstr. 61.

7. F. Bodenbauer, Arbeiter in Gorbach in Waldeck.

8. Johann Garbes, Landarbeiter in Langendorfmoor bei Barel.

9. Paalch, Arbeiter in Schleswig, Ammerlandshöhe.

10. Jürgen Wegmann, Forstarbeiter in Uelzen, Bergstr. 3.

11. G. Schmidt, Arbeiter in Grebenstein, Kreis Höxter.

12. Friedrich Reißer, Forstarbeiter in Stuttgart-Karlsvorstadt.

13. G. Ried, Gärtner in Lübeck, Jürgenborner Allee 24.

14. Friedrich Hahn, Landarbeiter in Sonnenborn (Gotha).

15. Heinrich Schönebaum, Kutscher in Blankenburg am Harz.

16. Heller, Gärtner in Dresden, Schönstr. 51.

17. Hermann Greinke, Fleischwärter in Marienberg bei Berlin.

18. Heinrich Köch, Landarbeiter in Thiebe bei Braunschweig.

19. Wilhelm König, Arbeiter in Uelzen, Hombrockerstr. 6.

20. Hermann König, Arbeiter in Magdeburg, Forststr. 4.

21. Becker, Gärtner in Strehlen-Dresden.

22. August Bomberg, Landarbeiter in Langelsheim (Braunschweig).

23. Paul Staude, Gärtner in Laubegast, Leubenerstr. 9.

24. Peter Falk, Gärtner in Kolmar i. G., Schädelgasse 11.

o) Für die Versicherungen im Seemannsberuf:

Als erstes nichtständiges Mitglied:

Paul Müller, früher Matrose, jetzt Verwaltungsbamter, Hamburg, St. Pauli, Hafenstr. 116, 1. Et.

Als Stellvertreter:

1. Reinhard Müller, früher Matrose, jetzt Büroarbeiter, Steffensstr. 10, part.

2. Fr. Maack, früher Schiffssold, jetzt Verwaltungsbamter, Flensburg, Schiffstraße 61, part.

Als zweites nichtständiges Mitglied:

Albert Störmer, früher Kapitän, jetzt Büroarbeiter, Altona, Friedenstr. 34, 1. Et.

Als Stellvertreter:

1. Georg Gärtner, früher Heizer, jetzt Verwaltungsbamter, Bremen, Norddeich 1 f.

2. Konrad Engel, früher Matrose, jetzt Forstarbeiter, Lübeck, Paulstr. 17, a.

Diese Kandidatensätze sind mit einem entsprechenden Anhänger an die Beiräte der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung gesandt worden.

Wir erfüllen die Beiräte nunmehr dringend, den von den organisierten Arbeitern in Vorfalltag Gebrachten ihre Stimme zu geben und die in den Listen enthaltenen Namen zu erhalten haben, welche sie vom Reichsversicherungsamt erhalten haben, einzutragen. Die für die Gewerbe vorgeschlagenen Kandidaten haben zum Theil schon als Vertreter im Reichsversicherungsamt oder in ähnlichen Stellen und im Allgemeinen den Beweis geliefert, daß sie die Interessen der Versicherten mit Energie und Umsicht zu vertreten gewillt sind und bereit waren. Das Letzte gilt auch für die Kandidaten aus dem Seemannsberuf.

Bei den gern erwarteten organisierten Beiräten der Schiedsgerichte sagen wir ohne Weiteres voraus, daß sie nur den vorliegenden Benannten ihre Stimme geben. Damit ist aber nicht genug gethan. Die Beiräte müssen es sich zur Aufgabe machen, dafür zu sorgen, daß auch ihre Kollegen, welche den gewerkschaftlichen Organisationen fernstehen, das Gleiche thun. Sie müssen diese Kollegen persönlich aufsuchen und sie darauf aufmerksam machen, daß sie sich selbst und den gesammelten Versicherten einen Dienst erweisen, wenn sie den von der Arbeiterversicherung vorgeschlagenen Kandidaten ihre Stimme geben.

Wenn die organisierten Beiräte ihre Pflicht erfüllen, wenn ferner auch seitens der Gewerkschaften gewidmet wird, so kann es nicht zweifelhaft sein, daß die Benannten als Vertreter der Arbeiterversicherungswesen gewählt werden.

Für die Landwirtschaft sind bisher die Vertreter im Reichsversicherungsamt von den Landeszentralbehörden erkannt worden. Es ist das erste Mal, daß hier eine Wahl durch die Versicherungen stattfindet.

Auch die aus der Landwirtschaft in Vorfalltag Gebrachten werden die Eigenschaften aufweisen, welche die Versicherungen von ihren Vertretern zu fordern berechtigt sind. Es muß also auch hier dahin gestellt werden, daß die der Landwirtschaft angehörenden Beiräte der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung den in Vorfalltag Gebrachten ihre Stimme geben.

Wir glauben die bestimmte Erwartung aus sprechen zu können, daß in den nächsten Tagen alle Bevölkerungen in ausreichendem Maße ihre Pflicht thun und im Interesse der gesammelten

Arbeiterschaft dahin wirken, daß diese in den vorgeschlagenen Kandidaten die geeigneten Vertreter im Reichsversicherungsamt erhält.

Hamburg, 21. August 1901.

Die Generalkommission  
der Gewerkschaften Deutschlands.  
C. Begier.

### Polizei und Gerichte.

\* Kampf gegen die Arbeitersekretariate. Der Stadtrat zu Gera hat es elfig gehabt, die Konsequenzen des fürstlich mitgetheilten Urteils des Preußischen Oberlandesgerichts in die Praxis umzusetzen. Er hat dem dortigen Arbeitersekretariat dieser Schrift zugestellt:

Wie politisch festgestellt worden ist, fertigen Sie als gegen Entgegengesetztes Schriftstück für die Mitglieder desselben und andere Personen förmliche Abrechnung, wie Entgelte an Befreiungen etc. und geben außerdem Auskünfte und Rathschläge in Beobachtung, gewöhnlichen Streit und vergleichlichen Sachen, ohne die zur Bevorzugung fremder Rechtsangelegenheiten etc. erforderliche Erlaubnis nach § 85 der Gewerbeordnung zu bestehen.

Im Rückblick auf Ihre Vorbestrafungen untersagen wir Ihnen hiermit den Gewerbedienst nach § 85 der Gewerbeordnung.

Gegen diesen Bescheid steht Ihnen in Gemäßheit des § 20 der Gewerbeordnung innerhalb 14 Tage, von Zustellung dieses Schreibens an gerechnet, Rechtszug an das städtische Ministerium, Wohltheilung für das Innere, hier zu.

Das Geraer Arbeitersekretariat sollte es, falls es mit seiner Beschwerde gegen diese Verfügung keinen Erfolg hat, ruhig auf die Klage ankommen lassen, um noch ein zweites Oberlandesgericht einzufordern.

### Verschiedenes.

\* Lage des Arbeitsmarktes. Der Beschäftigungsgrad in Industrie und Gewerbe ist im Juli wesentlich zurück gegangen. Aus den Bezirken des Bergbaus, der Eisen- und Maschinenindustrie werden der Berliner Halbmonatschrift "Der Arbeitsmarkt" Berichterstattungen, Entlassungen und Kohleförderungen gemeldet, wodurch bestätigt wird, daß nach einer kurzen und kleinen Erholung wieder ein Höhepunkt eingegangen ist. Während im vorjährigen Jahre auf Umwandlung der Konjunktur sich zum ersten Male auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar machte, der Rückgang der beschäftigten Arbeiter im Monat Juli nach den Ausschreibungen der der Vergangenheit der genannten Zeitung angeschlossen konzentriert war, so ist der Rückgang im Juli dieses Jahres, trotz schon stark verminderten Arbeitseinkaufs, ein solcher von 0,6 % zu verzeichnen. Entsprechend dieser Abnahme der beschäftigten Arbeiter ist auch der Anfang von Arbeitssuchenden an den öffentlichen Arbeitsnachweisen gestiegen. Im Juli vorigen Jahres kamen auf 100 offene Stellen 122,2 Arbeitssuchende; im Juli dieses Jahres liegt der Anfangs- auf über 160,9. Von den Arbeitsnachweisen wird namenlich vermehrt Anfang von Metallarbeitern und Bauarbeitern gemeldet. Für Letztere bleibt eine Wendung zum Besseren bei Beginn der Herbstsaisone wenigstens an manchen Orten noch möglich.

### Eingegangene Schriften.

Von der "Neuen Zeit" (Stuttgart, Diek's Verlag) ist soeben das 48. Heft des 19. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Der Opportunismus in der Praxis. Von Barthol. I. Der Opportunismus und die sozialrevolutionäre Entwicklung. — Die deutschen Arbeitersekretariate. Von Hermann Müller. — Die landwirtschaftliche Entwicklung Dänemarks. Von G. Dang. (Schleswig) — Zum Generalstreik der Fleischmacher. Von Herm. Weißner. — Bierischer Mundart. Alfred Koch. Vobo Sidenberg. — Feuerstein: Wie die Heimat läuft! Bilder aus dem Dienst von Fritz Stowronnel.

\* Der Arbeitsmarkt, Halbmonatschrift der Zentralstelle für Arbeitsmarkterrichtung ( Herausgeber Dr. C. Saitrom) Berlin, Verlag von Georg Reimer. Die als Organ des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise erscheinende Zeitschrift enthält in 22 bis 24 des 19. Jahrganges unter Anderem: Rundschau über die Lage des Arbeitsmarktes. — Allgemeines. — Situationsberichte aus einzelnen Gewerben. — Situationsberichte aus einzelnen Plätzen. — Statistisches Monatsmaterial. — Verwaltung der Arbeitsnachweise. — Eisenbahnen-Frage. — Arbeitslosen-Polizei.

Fritz Hartwig, "Die Rechte des Angeklagten", Verlag von M. & B. Lipski, Leipzig, Reichenstr. 11, Preis, einschließlich Porto, 55.-. Der Inhalt des Buches ist folgender: Der Angeklagte und die Richter. Die öffentliche Klage. Die Voruntersuchung. Beschuldigung und Haftnahme. Verhaftung und vorläufige Festnahme. Die Anklage. Vorbereitung zur Hauptverhandlung. Verhöldigung jugendlicher Angeklagter. In der Hauptverhandlung. Von den Richtern. Angeklagter in der Hauptverhandlung. Ausschluß der Öffentlichkeit. Ablehnung von Müttern. Verfahren gegen Abwesende. Das Urteil. Die Berufung. Wiederaufnahmeverfahren. Die Begnadigung. Proklamation. Wiederaufnahme. Gegen politische Strafverschaffungen. Strafverschaffung. Entschädigung unzureichender Verurteilungen. Warnung vor Winkelstellen.

### Briefkasten.

Halle, 2. Ihre Darstellung entspricht nicht den tatsächlichen Verhältnissen; wir lehnen es deshalb ab, Ihr Einverständnis zum Abschluß zu bringen.

Podejuch. Wir müssen darauf bestehen, daß uns mindestens alle 14 Tage ein Bericht über den Stand der Sperrre zugeht. Geschicht dies nicht, dann wird die Sperrre, als nicht mehr bestehend, gefürchtet. Zu dieser Angabe kommt die Sammelstelle des Kollegen, die wohl den Beginn einer Sperrre rechtzeitig melden, nicht aber auch ihr Ende, so daß in mehreren Fällen die Sperrre tatsächlich längst aufgehoben waren, während sie im Blatt immer noch weiter bekannt gegeben wurden.

**Streikabrechnungen.**

Baupreise in Rendsburg ("Anderer Walzwerk").	
Aus der Hauptkasse.	Ginnahme.
Aus der Hauptkasse.	M. 411,-
Vorfallkasse der Bahnstelle	" 64,70
Auf Listen gesammelt am Orte	" 24,80
	Summa M. 500,50
Ausgabe.	
Für Streikunterstützung an:	
Verkehrsabteilung	M. 195,-
Lodige	" 266,50
Fortschaffung Zugreißer	" 4,80
Fernhaltung des Zuguges	" 3,-
Porto und Schreibmaterial	" 2,20
Verfaumissie der Verwaltung	" 29,-
	Summa M. 500,50

Rendsburg, den 4. Mai 1901.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisorien:  
**H. Haussch.**     **G. Hinrichsen.**  
 Für die Streikkommission:  
**C. Hammerich.**     **A. Sander.**

**Maurerkreis in Jüterbog.**

Ginnahme.	
Aus der Hauptkasse	M. 250,-
Vorfallkasse der Bahnstelle	" 31,15
	Summa M. 281,15
Ausgabe.	
Für Streikunterstützung an:	
Verkehrsabteilung	M. 182,84
Lodige	" 86,40
Fernhaltung des Zuguges	" 10,-
Porto und Schreibmaterial	" 2,11
	Summa M. 281,15

Jüterbog, den 15. Mai 1901.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisorien:  
**Gustav Marx.** **Nich. Linnemann.** **Gustav Doermann.**  
 Für die Streikkommission:  
**Hermann Hagen.** **Wilhelm Müller.** **Paul Maed.**

**Maurerkreis in Schneidemühl.**

Ginnahme.	
Aus der Hauptkasse	M. 1400,-
Von den Einnahmen der Hauptkasse in Berlin und Stettin	" 185,80
	Summa M. 1585,80

**Ausgabe.**

Für Streikunterstützung an:	
Verkehrsabteilung	M. 893,-
Lodige	" 127,30
Reiseunterstützung an abgereiste Streikende	" 250,60
Fortschaffung Zugreißer	" 28,90
Fernhaltung des Zuguges	" 9,65
Flugblätter und Annoncen	" 26,75
Porto und Schreibmaterial	" 20,95
Aus der Hauptkasse zurückgefordert	" 178,65
	Summa M. 1535,80

Schneidemühl, den 8. Mai 1901.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisorien:  
**Franz Weidner.**  
 Für die Streikkommission:  
**C. Schwartz-Hamburg.** **Gustav Schirr.**  
**Friedrich Kaaz.** **Paul Hef.**

**Maurerkreis in Stettin.**

Ginnahme.	
Aus der Hauptkasse	M. 14188,92
Aus der Vorfallkasse der Bahnstelle	" 500,-
Beiträge der in Arbeit befindenden Mitglieder	" 71,50
	Summa M. 14759,42

**Ausgabe.**

Für Streikunterstützung an:	
Verkehrsabteilung	M. 11176,90
Lodige	" 3228,60
Reiseunterstützung an abgereiste Streikende	" 71,30
Flugblätter und Annoncen	" 97,85
Porto und Schreibmaterial	" 12,70
Zeitung	" 12,25
Aus den Bevollmächtigten in Posen	" 1,20
Für Arbeitsverfaumissie des Bohrkommission	" 163,65
	Summa M. 14759,42

Stettin, den 17. März 1901.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisorien:  
**Otto Fischer.** **Robert Bieseke.**  
 Für die Streikkommission:  
**Wilhelm Schäfer.** **Nich. Marks.** **Nich. Petersdorff.**

**Maurerkreis in Friedeberg i. d. M.**

Ginnahme.	
Aus der Hauptkasse	M. 100,-
Ausgabe.	
Für Streikunterstützung an Verkehrsabteilung	M. 88,50
Reiseunterstützung an abgereiste Streikende	" 14,85
Streikaus und Unterhaltung Infanterie	" 10,50
Porto und Schreibmaterial	" 4,45
Verfaumissie	" 2,50
Aus der Hauptkasse zurückgefordert	" 82,90
	Summa M. 100,-

Friedeberg, den 30. Mai 1901.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Streikkommission:  
**Berthold Brauer.** **Wilhelm Ahrendt.** **Erich Kages.**

**Bauverren in Rostock (Sah., Pöllow und Hollmann).**

Ginnahme.	
Aus der Hauptkasse	M. 210,-
Ausgabe.	
Für Streikunterstützung an Verkehrsabteilung	M. 178,-
Flugblätter und Annoncen	" 8,-
Porto und Schreibmaterial	" 2,93
Vorstandssitzungen	" 18,80
Aus die Hauptkasse zurückgefordert	" 2,77
	Summa M. 210,-

Rostock, den 24. April 1901.  
Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Streikkommission: Robert Lunow.

**Anzeigen.****Sterbetafel.**

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, soweit wir innerhalb einer Woche nach dem Sterbedatei Mitteilung erhalten. Die Zeile kostet 10 As.)

**Berlin I.** Am 12. August verstarb unser Mitglied **August Friedrich** aus Steglitz im Alter von 60 Jahren.**Dresden.** Am 17. August verstarb nach langer Krankheit unser Mitglied **Paul Wiedeck** aus Döberan im Alter von 28 Jahren an Lungenleiden.**Übersee.** Am 14. August starb infolge eines Sturzes vom Gerüst unser Verbandskollege **Otto Döll** im Alter von 24 Jahren. Mögen die Kollegen ihm ein ehrendes Andenken bewahren.**Frauenstein.** Am 13. August starb plötzlich an einem Blutzufluss unser Verbandskollege **Andreas Ott** im Alter von 22 Jahren. Der Verstorbene war Mitbegründer der kleinen Bahnstelle und wird ihm dieselbe ein ehrendes Andenken bewahren.**Hemelingen.** Am 10. August starb unser Verbandskollege **Wilhelm Ehreke** im 28. Lebensjahr.**Wittenberge.** Am 10. August verstarb nach nur einjähriger Krankheit unser Gebrüderling unser Verbandsmitglied **Adolf Beinecke** im Alter von 26 Jahren.**Wolmirsthausen.** Am Donnerstag, den 15. August, wurde uns das langjährige und gut bewährte Verbandsmitglied **Gerhard Sander** im Alter von 35 Jahren durch den Tod entrissen.

Ehre ihrem Andenken!

**Sterbegeld**

ist in der Zeit vom 12. bis 18. August bezahlt worden für nachstehend verzeichnete Mitglieder resp. deren Frauen:

Albert Voigt-Gräfinna (Buch-Nr. 063 720), Dietrich Buj-Lee (62 681), Karl Schütter-Galbervi (071 818), Anton Schulz-Lüneburg (124 069), Gustav Würfel-Biere (044 409), August Friedrich-Berlin I (238), Jakob Neiburg (87 486), Reinhard Eberl-Miesberg (092 678), Andreas Ott-Frauenstein (07 084), Franz Krüger-Stargard i. P. (75 559), Wolf Steincke-Wittenberge (013 293).

**Dankdagung.**

[M. 8,80]

Allen Denjenigen, welche meinem lieben Mann, uniform lieben Sohn und Bruder, dem Maurer **Wilhelm Ehreke** aus Hannover, das letzte Gelebt geben, sagen wir hiermit unser herzliches Dank. Auch diesen Dank den organisierten Mauern von der Bahnstelle Hemelingen und vom Zweigverein Bremen für die zahlreichen Blumen und Trauerleben.Die trauernden Hinterbliebenen:  
 Maurer **Wilhelm Ehreke** sen. **Wm. Wilhelm Ehreke**, Gr.-Dittersleben b. Magdeburg. **Hannover.****Thorn.**Beiträge werden entgegengenommen von dem Kassier **Bloch**: Sonnabends und Sonntags im Vereinslokal, sonst **Thorn III. Hofstr. 16.** Die Beitragssätze müssen bis 1. September bezahlt sein, wobei gegebenenfalls nach § 18 b des Statuts der Auschluß erfolgt. [M. 2,10]**Bergen a. Rügen.**Am Sonntag, den 25. August 1901, feiert der Zweigverein **Bergen a. Bügen** sein**Drittes Stiftungsfest,** bestehend in **Preisregeln** und **Taubenwerfern**, mit nachfolgendem Ball. Anfang 4 Uhr.Die Kollegen sind hierzu freudlich eingeladen. [M. 3,80] **Das Festcomite.**

Das Festcomite.

**Märzdorf.**

Sonntag, 1. September, im Saale des Herrn Gerstenberg:

**• • Zweites Stiftungsfest • •**unter Mitwirkung des Gesangvereins d. Maurer Breslau. Die Kollegen aus den umliegenden Zweigvereinen sind freundlich dazu eingeladen. [M. 2,40] **Das Comite.**

Das Comite.

**Uetersen.**Ich nehme hiermit die Beleidigung gegen Reimers und Dahms zurück. [M. 1,20] **Karl Noack.**

C. Zimmermann.

**Wannsee.**

Ich nehme die Beleidigung gegen die Gladower Kollegen hiermit zurück. [M. 1,20]

Karl Noack.

**Persammlungs-Anzeiger.**

Unter dieser Rubrik werden alle Versammlungen der dem Erziehungstage der jeweiligen Nummer des Blattes folgenden Woche bekannt gemacht. Der Preis für jedes Anzeigeteil, den Mann von 2 Seiten nicht übersteigen darf, beträgt 20 As. Die Anzeigen müssen für jede Versammlung besondes eingeliefert werden.

Verbandsversammlungen der Männer.

Sonntag, 25. August.

**Bayreuth.** Dienstags abends 18 Uhr Versammlung im Vereinslokal. Es werden die Freunde bringend erzählt, familiär und persönlich zu erkennen.**Elmshorn.** Dienstagsabend in Elmshorn, Volkshaus. Vollzähliges Erleben notwendig.**Oranienburg.** Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Das Erleben aller.**Thorn.** Dienstag abends 18 Uhr Versammlung. Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Die Freunde bringen erzählt.**Wittenberge.** Dienstagsabend 18 Uhr Versammlung. Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Die Freunde bringen erzählt.

Vellen. In wegen wichtiger Anträge aus den Kreisen der Mitglieder aufgerufen.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Klier &amp; Co. in Hamburg.

**Zentralkrankenkasse.**

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche von 11. bis 17. August sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Berlin M. 2000, Miel 400, Altona 300, Spandau 300, Saarmund 150, Königsberg i. Pr. 100, Marlow 100, Rostock 100, Döllendorf 100, Schmiede 100, Bielefeld 50. Summa M. 8700.

Zuschüsse erhielten: Niederbreitb. a. M. 140, Johannish. hal 50. Summa M. 190.

Aitiona, den 17. August 1901.

Karl Reiss: Hauptkassirer, Friedrichsbaderstr. 28.